

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.000 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfseitige Petizette oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Insätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 235.

freitag, den 7. Oktober 1910.

17. Jahr.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“.

Aussicht auf Frieden in der Metallindustrie.

Die Werftbesitzer haben weitere Zugeständnisse gemacht. Die Einstellungslöhne bei den hamburgischen Werften der Gruppe deutscher Seeschiffswerften werden bei Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pf. erhöht mit der Maßgabe, daß der niedrigste Einstellungslohn irgend eines volljährigen Arbeiters 40 Pf. pro Stunde beträgt. Außer dieser Konzession in den Einstellungslöhnen wird eine Lohnhöhung für alle Arbeiter um 2 Pf. pro Stunde vorgenommen. Dieselben Zugeständnisse machen die nicht hamburgischen Werften der Gruppe deutscher Seeschiffswerften, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werften der örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleibe. Als neue Konzession wird ferner ab 1. Januar 1911 eine Verkürzung der Arbeitszeit zugestanden und zwar

- bei den hamburgischen Seeschiffswerften auf 55 Stunden die Woche,
- bei allen außer-hamburgischen Seeschiffswerften, soweit sie der Gruppe deutscher Seeschiffswerften angehören, auf 56 Stunden die Woche.

Der Ausgleich in der Arbeitszeitverkürzung erfolgt durch eine Zulage von einem weiteren Pfennig auf den Stundenlohn. Die bereits versuchweise zugestandene öffentliche Lohnzahlung am Freitag tritt mit der ersten Lohnwoche des Jahres 1911 in Kraft.

Außer diesen materiellen Zugeständnissen haben sich die Werftbesitzer dazu bereit erklärt, daß die Arbeiterausschüsse gemäß den Vorschlägen der Arbeiterorganisationen gewählt werden sollen.

Eine Donnerstag stattgefundene Konferenz der Arbeiter hat diesen Vorschlägen der Unternehmer zugestimmt, sodass zu erwarten steht, daß die Wiederaufnahme der Arbeit auf den Seeschiffswerften in den nächsten Tagen erfolgt.

Revolution in Portugal.

Ein Erdbeben erschüttert den Boden von Lissabon, doch ein Erdbeben von anderer Art als das berühmte von 1755, das binnen weniger Stunden die portugiesische Hauptstadt zum größten Teil umstürzte wie ein Kartonhaus — ein gesellschaftliches, ein politisches Erdbeben ist es diesmal, und wenn etwas durch seine Zuckungen umgestürzt wird, so ist es nur die Dynastie, das regierende Haus Braganza, und das ist wahrscheinlich nicht viel. Königs Kronen sind in den ersten halb zur Zivilisation erwachten Ländern der Pyrenäenhälfte wie auch des Balkan ihren Trägern nicht am Kopfe festgewachsen, und für die „Instrumente des Herrn“, die auf dielen Thronen herumsitzen, scheint der Himmel nicht allzu viel übrig zu haben, sonst ließe er sie nicht so oft von einer Revolution in Stücke schlagen, wie eine armeslige Zigeunersiedel.

Dass Portugal mit seinem „Instrument des Herrn“ etwas unsani versah und sein Schloss aus Schiffsgeschützen mit Granaten begrüßt, kommt nicht gerade unerwartet, so wenig, als wenn eines Tages durch die Straßen von Madrid oder Barcelona die Revolution wieder die rote Fahne schwänge. Denn Portugal und Spanien sind die Erzeugnisse ein und derselben Entwicklung und leidet heute unter eben denselben Leiden. An der Schwelle der Neuzeit überquerte die Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien wie die skrupellose Ausplündierung der neuwonnenen Länder auch Portugal mit allem Glanz und aller Glorie schnell und mühelos zusammengekniffen Reichstums, aber wie dem größeren Nachbarstaat wurde auch ihm der blinkende Segen der Kolonialpolitik zum Flug. Statt dass es den Gewerbeschleiß in seinem Schafe förderte und mit seiner wirtschaftlichen auch seine kulturelle Entwicklung vorantrieb, mühte sich das Land rein monarchisch nur von den Gold- und Silberbiguren, die seine Flotten aus Amerika heimbrachten. Aber unproduktive Länder müssen, mag noch so viel Gold in ihren Kantonen liegen, verkommen, und so gelang es mit Por-

tugal, wie mit Spanien. Herabgesetzt von ihrer Weltmachstellung durch produktiv schaffende Länder wie Holland und namentlich England, sahen die beiden Staaten der Pyrenäenhälfte mehr und mehr ihren stolzen Königs purpur zum zerschlissenen Bettlerkittel werden; reiche Schmarotzer, darunter die Dynastie, die Kamarillen, natürlich auch eine wohlgenährte Klerkei, und arme Schmarotzer, Scharen von Bettlern und Habenichtsen, waren schließlich die beiden gesellschaftlichen Schichten, aus denen sich die Bevölkerung Portugals zusammensetzte.

Die französische Revolution mit ihren napoleonischen Folgeereignissen schien auch den portugiesischen Augenstall ausschwemmen zu wollen, und als sich die Flut verlaufen hatte, ließ sie wenigstens die konstitutionellen Ideen im Lande zurück. Wie in Spanien wechselten nun auch in dem Portugal des neunzehnten Jahrhunderts Perioden, in denen wenigstens halb parlamentarisch regiert wurde, mit anderen, in denen sich die Diktatur auf den Säbelknauf stützte, und an Militärausständen und sonstigen Rebellionen ist in der Geschichte dieser Zeitspanne gerade kein Mangel. Schlusslich kam wie in Spanien ein durch und durch korrumptierter, fauliger Parlamentarismus an die Oberfläche; zwei Parteien, die Regenerados und die Progressistas, lösten sich mit einer auf die Dauer langweiligen Regelmäßigkeit in der Regierungsgewalt ab, ohne einen anderen Unterschied merken zu lassen, als daß die einen mit diesen, die anderen mit jenen Schlagwörtern das Land ausplünderten. Entnervt und angeekelt von diesem Treiben, verloren die Massen des Volks am Parlamentarismus allen Geschmack, und die Wahlbeteiligungsiffer schrumpfte erschrecklich zusammen; es konnte sogar vorkommen, daß man ohne lauten Protest aus den Massen heraus und da in einem Wahlkreis zu wählen „vergab“.

Etwas mehr Leben kam in die Bude durch die republikanische Partei, die seit Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ihre Fahne entfaltete. Hatte sie früher manchen ergebnislosen blutigen Putsch versucht, so strömten ihr in den letzten Jahren die Anhänger aus den Schichten der Arbeiter, Kleinbürger und Kleimbauern, wie aus denen der Intelligenz und der Armee- und Marineoffiziere, ähnlich wie sich in der Türkei und in Griechenland das Offizierkorps zum Träger einer umstürzlerischen Bewegung aufgeworfen hat. Auf den Massen lastet der ganze Steuerdruck des Landes, das für 4 Milliarden Schulden die Zinsen aufzwingen muß und schon mehrere Male vor oder eigentlich mittler im Staatsbankrott stand. Wie in Deutschland wird das Volk durch indirekte Steuern bis aufs Hemd ausgeplündert: es gibt kaum ein Lebensmittel, von dem nicht irgend eine Steuer erhoben würde, und an allen Ecken und Enden zieht man Okros auf Fleisch, Geleb, Obst ein. Jedes Pfund Gemüse sogar ist mit einer Steuer von fünf Pfennigen verteuert. Dazu kommt, um die Ausquetschung des Volkes ins Makrosteigen zu lassen, daß an vielen Orten, ganz wie in dem feudalen Frankreich vor der großen Revolution, die Steuereintreibung an die Meistbietenden verpachtet wird. Eine Quelle der Erbitterung ist auch das Tabakmonopol, das an eine Privatgesellschaft verpachtet ist und das Pfund Tabak für den Käufer von einer Mark auf sieben Mark im Preise herausragt. Endlich leidet die ökonomische Entwicklung des Landes daran, daß es schon seit dem Methuen-Vertrag des Jahres 1703 wirtschaftlich nur mehr eine Provinz Englands ist, das vor allem den Weinhandel fast ganz in seinen Händen konzentriert.

In den großen Sumpf vor der französischen Revolution erinnern auch die korrumptierten Zustände auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Stellen und Freunden gibt es, deren Inhaber nur zu sehen sind, wenn sie ihr Gehalt erheben. Eine Verwandte eines Ministers bezahlt oder bezog vor noch nicht langem Jahr für Jahr ein erkleckliches Sümmchen als „Pflegerin der Kästen des Zollhauses“ und verfügte noch über ein halbes Dutzend gut bezahlter Gehilfinnen! Im Budget stand sich auch regelmäßig ein ansehnlicher Betrag für die Fütterung der königlichen Kühen ausgesetzt, und ebenso enthielt es Summen zur Unterhaltung von Klosterschulen, die schon seit dreißig Jahren geschlossen sind. Von all den diebstähen Händen, die ungestört in den Staatsgeldern umherfuhren, hatte die des vorletzten Königs die längsten Finger. Das war Karl I., der sich ohne Rücksicht auf Tageszeitungen und anfänglich in dem Schmutz aller Laster wälzte, und schließlich Anfang 1908 samt dem Kronprinzen erschossen wurde. Die Empörung gegen sein Regime war besonders durch das Gebaren seines Ministers Franco aufgeweckt worden, der, halb ein Bismarck, halb ein Brigantenkönig, nach einer Budgetverweigerung ohne Kammer regierte, nur auf die Bajonetten geführt und der vor allem als rechter Blut Hund gegen die politischen „Verbündeten“ wälzte.

Mit dem Regierungsantritt des neuen Königs schließt natürlich die republikanische Propaganda nicht ein, sondern

gewann immer mehr Elemente, namentlich in den intellektuell unterdrückten Schichten für ihre Ziele. Bei den Kammerwahlen vor wenigen Wochen trat trotz aller Wahlkorrupition und alles Wahlterrors diese republikanische Färbung des Landes auf, und damals schon hieb es, daß der portugiesische Königsthron schwankte, als stand er auf den Planken eines Schiffs bei hohem Seegang. Siegt aber krach's, und wenn der junge Manuel nicht leichter Fußes den heißen Boden „seines“ Landes verlassen hat, werden die Republikaner das Eulennest des portugiesischen Gottesgnadentums wohl mit Feuer und Schwefel ausräumen.

Diese republikanisch-kleinbürgerliche Revolution in einem Lande, dessen Industrie und Arbeiterbewegung noch in den Kinderschuhen steckt, ist natürlich nicht unsere Revolution. Aber wenn irgendwo in der Welt eine Partei mit Unterstützung des Volkes auf einem „Instrument des Herrn“ einen Marsch spielt zu dem Freiheitlichen Lied: Die Republik! Die Republik! Und noch einmal die Republik! so betrachten wir das allerdings als einen Gewinn für das Land selbst wie für ganz Europa.

(Neueste Nachrichten siehe erste Beilage.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Vertuschung alter Sünden möchten die bürgerlichen Parteien nur zu gern die Sicherungsordnung bei den nächsten Wahlen benutzen. Selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das rheinische Unternehmerblatt, wünscht die Forderung der Vorlage aus diesen Gründen. Das Blatt schreibt:

Soll die Reichsversicherungsordnung von diesem Reichstage erledigt werden, so muß sich bald eine feste Mehrheit bilden, die sich über die Gestaltung, die der Reichsversicherungsordnung gegeben werden soll, verständigt und dann zielbewußt vorgeht. Manigfache Umstände veranlassen die bürgerlichen Parteien, daß sie zusammen, das Gesetz aufzustellen zu bringen. Bei dem „Schwarz-blauen“ Block ist es das Bestreben, der breiten Masse neben den Steuern auch eine weitere große Erweiterung der sozialen Fürsorge zu sichern. Dem Zentrum, insbesondere liegt daran, die Hinterbliebenenversicherung zu verwirken, die es 1901 gewissermaßen als Korrelat für die Anerkennung der Sozialversicherung vertraglich verpflichtet hatte. Dann hat das Zentrum auch wohl sonst noch mancherlei wieder gut zu machen. Der Zeitpunkt für die Einführung der Hinterbliebenenversicherung ist schon vom 1. Januar 1910 auf den 1. April 1911 verlegt worden. Auch die anderen bürgerlichen Parteien werden bestrebt sein, vor allem mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen an der Ausgestaltung der deutschen Sozialversicherung mitzuarbeiten, um etwas Gutes zustande zu bringen. In letzter Zeit ist hervorgehoben worden, daß sich die Fortschrittliche Volkspartei ausdrückt. Wenn auch der Sprecher der Volkspartei in dem Reichstagssaal gelegentlich geäußert hat, daß seine Partei Oppositionspartei sei und kein Interesse an dem Zustandekommen des Gesetzes habe, so ist doch wohl anzunehmen, daß die Partei, wenn es darauf ankommt, ihre Mitwirkung nicht versagt.

Die Verständigung unter den bürgerlichen Parteien dürfte nicht zu schwierig sein, der Bundesrat entscheidet in einigen Punkten nach den Beschlüssen der ersten Sitzung, bietet eine geeignete Unterlage. Manche Beschlüsse der ersten Sitzung, die mehr auf Wirkung nach außen berechnet sind, und denen zum Teil die Reichsregierung schon ihr „Unannehmbar“ gegenübergestellt hat, können ohne gegen grobe Grundsache zu verstößen, wieder geändert werden.

Wird diese Einigung unter den bürgerlichen Parteien nach der ersten Sitzung, wenn der Reichstag wieder zusammen ist, und die einzelnen Fraktionen Stellung nehmen können, erzielt und dann die zweite Sitzung auf Grundlage der Einigungsbeschlüsse schnell durchgeführt, und etwaigen Verschleppungsversuchen der Sozialdemokratie mit Entschiedenheit entgegengestellt, so kann die Reichsversicherungsordnung noch in der ersten Hälfte des nächsten Jahres Gesetz werden. Damit werden dem größten Teile des deutschen Volkes neue große Sicherheiten gegeben für eine ausgedehnte soziale Fürsorge. Die Reichsversicherungsordnung ist dann auch dem Nationalsozialismus entzogen und die meisten Kreise der an der Sozialversicherung Beteiligten wissen dann endlich, woran sie sind. Dann wird wohl auch die Reform der Sozialversicherung auf eine stabile Grundlage für die Zukunft kommen.

Die verdiente Cate mit der das Schirmmacherblatt die Sicherungsordnung unter dem gebräuchlichen Namen „charakterisiert besser als viele Worte die revolutionäre Tendenz dieser sozialen Reform“. Der Widerstand der Sozialdemokratie gegen die Verminderung der Selbstverwaltung, gegen die Begünstigung des Unternehmers und der Junker soll nötigenfalls gewaltsam

unterdrückt werden, nur, damit bei den Wahlen das Volk nicht über die Regierungsvorlage zu Gericht sitzen kann und die kapitalistischen Feinde wirklicher Sozialreform auf ein Jahrzehnt „Ruhe“ haben.

Die Konservativen als Saalabtreiber.

Der fortschrittliche Parteisekretär für Pommern, Miro, schildert im „Greifswalder Tageblatt“ die Tätigkeit der Konservativen, die in der Hauptstrophe darin besteht, den Liberalen die Versammlungskäste abzutreiben. Im Wahlkreis Kolberg-Köslin, der nicht weniger als 230 ländliche Wahlbezirke aufweist, stehen den Liberalen im höchsten Falle 20 Versammlungskäste zur Verfügung. Die Saalbesitzer haben Angst vor dem konservativen Amtsvorsteher und den natürlich ebenfalls konservativen reichen Bauern. Selbst in der Stadt Schlawe, die etwa 10 000 Einwohner zählt, gelingt es den Liberalen nicht, einen Saal zur Abhaltung einer Versammlung zu bekommen. Der Sekretär Miro bringt das damit in Verbindung, daß der konservative Reichstag abgeordnete des Kreises, Herr Michaelis, in Schlawe seinen Wohnsitz hat und Vorsitzender des dortigen Kriegervereins ist. Auf eine Bitte, die der freimaurige Parteisekretär an den Herrn Michaelis richtete, den Wirten keinen Nachteil zu bereiten, wenn sie den Liberalen ein Lokal überlassen, erfolgte überhaupt keine Antwort. — Natürlich werden die Konservativen bestreiten, daß ihre Borgeahen als Terrorismus zu bezeichnen sei, und doch wissen wir nicht, wie der Terrorismus schlimmer in Erscheinung treten könnte, als dadurch, daß man eine große politische Partei mundtot zu machen sucht.

In den Spuren des Reichsverbandes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ der Regierung, sinkt immer mehr auf das Niveau des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie herab. Mehrfach ist in der letzten Zeit die Sozialdemokratie von dem Organ des Herrn von Bethmann-Hollweg in der unglaublichesten Weise angepöbelt worden. In der Ausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Mittwoch abend ist ein Artikel enthalten, der auch Bezug nimmt auf die Erfolge der deutschen Sozialpolitik und der mit folgenden Sätzen schließt:

„Ist es nicht eine vernichtende Selbstkritik, wenn Bebel heute in der Sozialpolitik des großen Kaisers einen Erfolg der sozialdemokratischen Negation sieht? Wir verbuchen die Anerkennung des Erfolges und fragen: Hat die Sozialdemokratie dieses Werk veranlaßt, geahnt, gewollt und gefordert? Nichts von allem! Das Werk ist da; geschaffen im sozialen Geiste der bürgerlichen Kreise und geboren aus dem monarchischen Sinne der gerechten Fürsorge für alle Volkskreise. Hat die Sozialdemokratie Anteil an der nationalen Politik, die unsere Industrie groß werden ließ und die Arbeiterlöhne von der heutigen Höhe gesetzte hat? Hat die Sozialdemokratie Teil an der Politik des Friedens, der uns durch die Wehrhaftmachung des Volkes gesichert wurde, und unter dessen Herrschaft die Arbeiterklasse den Aufstieg zu bürgerlichen Lebens- und zu höheren Kultursormen vollzogen hat? Auf alle diese Fragen gibt es nur ein Nein. Magdeburg hat nicht nur die Gewalttätigkeit, sondern auch die Heuchelei der unfruchtbaren Sozialdemokratie enthüllt.“

Genauso in der gleichen Weise kämpft der Reichsverband gegen unsere Partei, ohne Rücksicht darauf, daß schon zuvor dargelegt wurde, daß die Sozialdemokratie keine Gegnerin der Sozialreform an sich ist, aber auf keinen Fall sich mit dem als befriedigt erklären kann, was heute geboten wird. Soviel könnte jedenfalls ein Regierungsorgan auch wissen, daß die Größe der deutschen Industrie nicht zum wenigsten mit auf die Tätigkeit der Arbeiterschaft zurückgeführt werden muß. Wie die bürgerlichen Lebensformen des deutschen Proletariats gegenwärtig beschaffen sind, das braucht ein Organ vom Schlag der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ allerdings nicht zu wissen. Aber selbst von Stellen, die mit der Sozialdemokratie absolut nichts zu tun haben, ist in letzter Zeit mehrfach bestätigt worden, daß die Steigerung der Löhne nicht nur durch die gesteigerten Lebensmittelpreise völlig absorbiert worden ist, sondern daß im Gegen teil die Kosten des Lebensunterhalts, der Rente usw. weit rascher gestiegen sind, als dies bei den Löhnen der Fall gewesen ist. Vielleicht entschließt sich der Reichsverband, seine Korrespondenz eingehen zu lassen und seine Elaborate der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gleich zur Veröffentlichung zu übergeben. Das Regierungsblatt zählt unbestreitig zu den „gräßlichsten Reptilien“, die gegen die Sozialdemokratie losgelassen worden sind.

Die Nachwahl im vierten Berliner Landtagswahlkreis.

Um dieses, den Freimaurern absolut sichere Mandat haben sich nicht weniger als 14 Bewerber gemeldet. Schließlich entschied man sich dahin, den Stadtverordneten Kreiling als Kandidaten anzustellen. Herr Kreiling hat das 73. Lebensjahr bereits überschritten und es scheint, daß man sich bei der Auswahl des Kandidaten vom Alter der Bewerber hat leiten lassen. Auf eine Kandidatenrede des Herrn Kreiling haben die freimaurigen Wahlmacher verzichtet, angeblich, weil man die Ansichten dieses Herrn ohnehin ganz genau Kenne. Den 297 freimaurigen Wahlmännern stehen 193 sozialdemokratische gegenüber. Sozialdemokratischer Kandidat ist Genosse Max Grunwald-Berlin.

Die Nachwahl in Lubian-Wehlau.

Um das Ende des eben verstorbenen Abg. Arndt, das Mandat im Wahlkreis Lubian-Wehlau, steht in der bürgerlichen Presse schon jetzt ein ziemlich heftiger Streit ein. Die freimaurigen Blätter halten es für ganz selbstverständlich, daß der Kreisau, oder wie er jetzt heißt, die Fortschrittliche Volkspartei, alles daran setzt, daß dieses Wahlkreis zu erobern und man stützt sich dabei auf den Besatz der Wahl im Sohannisherg-Lyceum. Das „Berliner Tageblatt“ verteidigt den Standpunkt, daß, wenn der Kandidat der Freimaurer nicht in die Stadt kommt, sollte, die Freimaurer selbstverständlich gegen den Kandidaten für den Sozialdemokraten eintreten. Anders die „Königliche Zeitung“, das jüngste antisozialistische Blatt am Rhein. Hier wird behauptet, daß es im Falle einer Nachwahl für die liberalen Wähler nur eine Partei geben könnte: das Eintragen für den konservativen Kandidaten. Soß hat es den Anschein, als

ob die Sammelprobe des Herrn v. Bethmann-Hollweg im Wahlkreis Lubian-Wehlau zuerst erprobt werden soll, denn nicht anders ist die Stellungnahme des nationalliberalen Blattes zu erklären. Zunächst ist es allerdings nichts weiter als ein müßiger Streit, denn vorläufig steht nur das, eine fest, daß die Sozialdemokratie selbstverständlich alle Anstrengungen machen wird, um in Ostpreußen eine weitere Bresche in die konservativen Mauern zu legen.

Der Termin der nächsten Reichstagswahlen.

Das „Berl. Tagebl.“ besaß sich in seiner Ausgabe vom Mittwoch abend ebenfalls mit dem Termin der nächsten Reichstagswahlen und findet unsere Meldung vom Dienstag, wonach die Auflösung des Reichstages im Frühsommer erfolgen soll, sehr erklärt. Auch dieses Blatt weist darauf hin, daß der Arbeitssektor des Reichstags in dem kommenden Sessions-Abschnitt kein besonders großer sein werde. Wenn die Etatberatung erledigt ist, also Ende März, dann wird es schwierig sein, noch größere Arbeiten zum Abschluß zu bringen und schon deshalb erscheint es sehr naheliegend, daß man den Reichstag dann auflösen werde. Dass die Regierung mit ihren Absichten nicht schon jetzt an die Öffentlichkeit tritt, ist erklärt, denn sie hat nicht das mindeste Interesse daran, den Zeitraum, der für die Wahltagitation zur Verfügung steht, etwa gar zu verlängern. Deshalb werden alle Vorkehrungen unter dem Gesichtswinkel zu treffen sein, daß schon Mitte kommenden Jahres die Neuwahlen zum Reichstag stattfinden werden.

Revolte in Südwestafrika.

Dem Kolonialamt ist aus Wiederkunft amlich mitgeteilt worden, daß in der Nähe von Wilhelmstal die beim Bau der Bahnstrecke Karibib-Windhuk beschäftigten Kaffern revoltiert haben. Das Militär hat die Revolte sofort unterdrückt und dabei zwölf Kaffern getötet und zehn verwundet. Der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt dazu noch — offenbar aus dem Bureau der Firma, die den Bahnbau ausführt —:

Der Umbau der Strecke wird ausgeführt von dem Bau- und Betriebskonsortium Bachstein-Koppel. Die Arbeiten sind vor einem halben Jahre in Angriff genommen worden und werden im ganzen 3000 Eingeborene dabei beschäftigt. Bis auf einige Hundert, die aus den Eingeborenen der Kolonie selbst entnommen sind, ist der überwiegende Teil aus der Kapkolonie eingeführt. Es steht daher zu befürchten, daß die Sache auch politisch nicht angenehme Folgen haben wird, da es sich um englische Untertanen handelt. Bei Wilhelmstal, wo die Revolte entstand, dürfte eine Kolonne von 100–200 Mann in Tätigkeit gewesen sein. Noch die letzten am Montag mit der Windhuker Post bei der Baufirma hier eingetroffenen Nachrichten wußten nicht genau das gute Verhältnis anzuerkennen, das zwischen der Baulinie und den angeworbenen Schwarzen bestand. Es wird in den Berichten hierüber besonders hervorgehoben, wie diese Zufriedenheit in den nach der Heimat gerichteten Briefen zu lebhaftem Ausdruck gekommen sei. Allerdings habe auch die Firma sich bemüht, die Leute so zufrieden wie möglich zu stellen und u. a. sogar Nahrungsmittel aus ihren Heimatorten kommen zu lassen. Man hat daher für diese Borkommunen keine Erklärung.

Ohne Grund haben die Kaffern sicher nicht revoltiert und es muß daher verlangt werden, daß das Kolonialamt die Untersuchung beschleunigt und das Ergebnis sofort veröffentlicht.

Seenfallsgesetz.

Das Reichsamt des Innern hat im vorigen Jahre den Interessenten einen Gelegenheitsentwurf unterbreitet, der eine Neuregelung des Seenfallsgesetzes bezweckt. Nachdem nunmehr die Antworten der Interessenten beim Reichsamt des Innern eingetroffen sind, soll das umfangreiche Material geübt und dann schleunigst eine Umarbeitung des Entwurfes vorgenommen werden. Die Regierung will noch in diesem Winter den Entwurf dem Reichstage zu gehen lassen und rechnet noch auf eine Verabschiedung des Gesetzes.

Wie man hoher Reichsbeamter wird.

In den Betrachtungen darüber, auf Grund welcher Verdienste der neue Unterstaatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Böhmer in diese Stellung gekommen ist, teilt nun der „Lokal-Anzeiger“ folgendes mit:

Wie wir gegenüber anders lautenden Darstellungen erfahren, ist die Ernennung des Unterstaatssekretärs Dr. Böhmer auf Vorschlag des Staatssekretärs im Reichskolonialamt Dr. v. Lindquist erfolgt. Der Kaiser hat also die Vorschlagsliste des Staatssekretärs nicht verworfen. Herrn von Lindquist war es darum zu tun, einen besonders mit Kommunal- und Gewerbe-Angelegenheiten genau vertrauten Herren auf jenen Posten zu bekommen. Die wenige Wochen vorher von Dr. Böhmer bei der vierzigsten Geburtstagsfeier von Gravolotke gehaltene Rede hatte selbstverständlich mit seiner jetzigen Berufung nichts zu tun. Dagegen ist es keineswegs unwahrcheinlich, daß der Statthalter, Graf Wedel, bei seinem späteren Hiersein über Dr. Böhmer befragt, denselben als besonders geeignet für den Reichsdienst bezeichnet hat.

Es ist unwiderprochen geblieben, daß der Staatssekretär v. Lindquist den Herrn Dr. Böhmer überhaupt nicht gekannt und ihn wahrscheinlich zum erstenmal gesehen hat, als er sich zur Übernahme seines neuen Amtes meldete. Wie nun gerade Herr v. Lindquist dazu gekommen sein soll, den Herrn Dr. Böhmer aus Mecklenburg einzuladen, ist etwas schleierhaft. Aber der Fall steht nicht vereinzelt da, denn in Deutschland sind Leute auch schon zu Ministerposten berufen worden, ohne daß man eine Anwendung davon hatte, wer die schieberden Kräfte gewesen sind.

Amerika.

Grammatiken in den amerikanischen Südstaaten. Die Zukunft in den ehemaligen Sklavenstaaten zeigt, daß die Pest der Sklaverei, die vor 50 Jahren mit Gewalt besiegt wurde, tatsächlich noch lange nicht völlig überwunden ist. So kommt aus dem Staate Georgia die Nachricht, daß dort das Peitschen von Frauen noch eine gesetzlich zugelassene Maßregel

ist! Auf der Gefängnisfarm von Fulton County, einer Strafanstalt für Frauen, aber mit männlichen Aufsehern, hat ein Aufseher eine Gefangene, die ihn geärgert hatte (wodurch, ist nicht angegeben, vielleicht aus triftigen Gründen), ein ganz junges schwächliches Weib, auspeitschen lassen. Sie erhielt 110 Schläge mit einem schweren Ledernen Riemen! Ein Geistlicher hat die Schrecklichkeit entdeckt und Aluzeige erstattet. Doch wird eine Bestrafung kaum erfolgen, da der Aufseher sich auf den Sekretär der Gefängniskommission beruft, der ihm Erlaubnis zum Peitschen erteilt habe. Überdies widerspricht eine Bestrafung dem ganzen Geiste eines Gemeinwesens, das die Auspeitschung schwarzer Frauen gesetzlich ausdrücklich zuläßt. Vor einigen Jahren hatte, wie die „N. Y. B.-Int.“ berichtet, eine andere Besie eine Gefangene halbtot peitschen lassen. Darauf kam ein Gesetz, das die Auspeitschung wieder für Frauen untersagte. Sie werden also nun ungesetzlich, die Negerrinnen aber gesetzlich gepeitscht. Unser New Yorker Parteiblatt bemerkte zu diesen Schrecklichkeiten: „Georgia, der Staat, in dem man Frauen peitscht, ist derselbe, in dem alle paar Wochen oder Monate ein oder mehrere Negroleben täglich verbrannt werden; derselbe, in dem Kinder von 8–12 Jahren 12 und 14 Stunden täglich in den Baumwollfabriken arbeiten; derselbe, in dem eine Antifrauenrechtlerin erst kürzlich den bezeichnenden Ausspruch tat: „Frauen des Südens haben das Stimmrecht nicht und wünschen es auch nicht. Es könnte ihre weibliche Anmut verringern.“ Der Nichtamerikaner und noch mehr der vom Größenwahn aufgeblasene echte Yankee müssen erst mühsam lernen, daß es drüben Gemeinwesen gibt, die noch heute auf mittelalterlicher Kulturstufe stehen und am meisten Ähnlichkeit mit dem heutigen Russland haben.

Aus Lübeck und Nachgebieten.

Freitag, den 7. Oktober.

Das Protokoll des Magdeburger Parteitages kann von den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins zum Selbstostenpreise von 60 Pf. vom Parteisekretariat bezogen werden. Die Genossen werden ersucht ihre Bestellungen unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches baldmöglichst aufzuzeigen.

Der Sozialdemokratische Verein in Lübeck setzte in seiner gestrigen Versammlung die Gründung über den Magdeburger Parteitag fort. Genosse A. Mörgt ist mit den Magdeburger Delegierten einverstanden. Er bedauert, daß unter der Budgetberatung die übrigen Beratungsgegenstände gesunken haben, so namentlich die Maifeierfrage, und wendet sich im besonderen gegen die Ausführungen des Genossen Mehrlein, die er als unberechtigt zurückweist. Genosse Th. Schmidt erklärt unter dem Beifall der Versammlung, daß er für den Antrag Zubel gestimmt habe. Die Parteitagsbeschluße müssen gehalten werden. Darum handelt es sich; die Budgetangelegenheit steht demgegenüber erst in zweiter Linie. Genosse Engel wendet sich scharf gegen die Ausführungen des Genossen Mehrlein und bezeichnet den Antrag Zubel für durchaus berechtigt. Von den anderen badischen Verhältnissen konnte nicht gesprochen werden. Genosse Schmidt vertritt den gleichen Standpunkt. Genosse Mehrlein ist mit dem Genossen Ad. Löwig der Meinung, daß unter der Budgetdebatte die übrigen Tagesordnungspunkte gelitten haben. Die Budgetbewilligung ist eine Frage der Taktik, wäre sie eine Frage des Prinzips, so müßten im Programm darüber Richtlinien enthalten sein. Die Hofsanger ist nicht zu bitten; ebensoviel der Sonderparteitag der Radikalen, der zur Folge hatte, daß bei dem erneuten Antrag Zubel die Süddeutschen den Saal verließen. Wäre er delegiert gewesen, so hätte er den Saal mit verlassen, um damit gegen die Art der Verhandlung des Antrages Zubel und seine Durchsetzung zu protestieren. Man hätte den Badensern, die das Beste für die Arbeiter wollten, für ihren Disziplinbruch mildernde Umstände zubilligen sollen. Aber der Geist der Brüderlichkeit fehlte in Magdeburg. Redner hebt dann noch ausführlich hervor, daß es nur das Bestreben der Reformisten sei, neue Waffen zur Befreiung des Proletariats zu schmieden. Genosse Henze stimmt den Ausführungen Mehrleins zu. Genosse Stelling betont gegenüber Mehrlein, daß die Radikalen in der Leistung praktischer Arbeit nicht hinter den Reformisten zurückstehen. Auch haben sie nicht weniger Opfer für ihre Unterstützung gebracht wie jene. Es scheint so, als ob der Schwerpunkt der Budgetfrage verlegt werden solle. Hier handle es sich in erster Linie um einen Disziplinbruch und der müßte verurteilt werden. Die angeblichen besonderen Verhältnisse in Süddeutschland scheinen bei der Stellungnahme unserer badischen Genossen doch nur eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben, sonst hätte die Fraktion doch nicht wenige Tage vorher noch beschließen können, daß sie das Budget ablehnen wollte. Die Genossen Hale, Engel und Frank unterstrichen diese Ausführungen. Genosse Wielk wendet sich gegen die unrichtige Berichterstattung über die Montagsversammlung in auswärtigen Blättern. Die Magdeburger Delegierte treffen das Richtige. Redner hatte aber die Einsetzung einer Budgetstudienkommission gewünscht. Weiter ist er für eine stärkere Propagierung des Schnapsboykotts im Lübecker Volksboten. Genosse Erdmann ist mit der Regelung der Maifeierfrage nicht einverstanden und wendet sich gegen die Ausführungen Mehrleins. Genosse Henze vertritt nochmals seinen Standpunkt. Nachdem die Genossen Paul Mörgt und Bruno in ihrem Schlusswort die gegen ihre Haltung auf den Parteitag erhobenen Einwendungen kurz zurückgewiesen hatten, erfolgte um 12 Uhr Schluß der Versammlung.

Wie sie liegen. Von einer neuen schweren Ausschreitung in Magdeburg weiß das Amtsblatt wieder eine Schauermat zu erzählen, der man auf den ersten Blick schon die Unwahrheitlichkeit ansieht. Ein Arbeitswilliger soll geschlagen und dann in einer Schankwirtschaft in einem hinteren Zimmer vor einer Art Hengstgericht verhört worden sein. Darauf mußte er versprechen, seine Arbeitsservices bei der Firma einzustellen, er wurde dann nach Hause geführt und unterwegs abermals mishandelt und mit Torturtag bedroht, wenn er sich unterstehe, bei der Firma Kupfer zu arbeiten. — Die Geschichte klingt mehr wie romantisch. Niederrädrig und gemein ist es jedoch, wie die Lübeckerischen „Anzeigen“ diese angeblich vorgenommenen Ausschreitungen in einen unglaublichen Terrorizismus der Streikenden umfassen, wobei sie selbst berichten müssen, daß die Streikbrecher von unten in kleinen Männern überfallen wurden. Man merkt aber die Absicht und hat dafür nur ein kräftiges Pfui!

Hausflucht des Staates für seine Beamten. Folgenden Gesetzentwurf betrifft die Hoffnung des Staates, der Stadtgemeinde und der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen, die

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 235.

Freitag, den 7. Oktober 1910.

17. Jahrg.

Revolution in Portugal.

Wir verzeichnen folgende Meldungen:

Lissabon, den 5. Oktober. Während der Nacht dauerte das Gewehr- und Geschützfeuer unausgesetzt fort und verstärkte sich bei Tagesanbruch noch mehr. Alle Zugänge zur inneren Stadt sind gesperrt. Die Aufständischen, die in der Höhe von Avenida da Liberdade gelagert hatten und denen man die Zugänge zum Innern der Stadt abschnitt, nahmen einen anderen Weg. Die aufständischen Schiffe beschießen andauernd bestimmte staatliche Gebäude, besonders das Marine-Arsenal. Die Zahl der Toten aus der Nacht ist groß. Allenfalls werden Rufe laut „Es lebe die Republik“. Nachrichten aus der Provinz kommen in die Stadt nicht.

Lissabon, den 5. Oktober, 3 Uhr 25 Min. nachmittags. (Meldung der „Agence Havas“) Der König sowie die Königinen Amalie und Pia begaben sich in aller Eile nach Mafrá. Auf allen öffentlichen und vielen Privatgebäuden, ebenso auf der Bank von Portugal, weht die republikanische Fahne. Das Volk hat sich bewaffnet, fraternisiert mit den Truppen und zieht, die portugiesische Marschallaise singend, die zur portugiesischen Nationalhymne wird, durch die Straßen.

Gibraltar, den 6. Oktober. Reisende, die aus Lissabon geflüchtet sind, berichteten: Die Revolution wurde eingeleitet durch ein Proklamationstheater, woran sich die Bevölkerung anfänglich nicht beteiligte. Die Artillerie-Regimenter schossen auf die Zivilgarde und einige dem König ergebene Truppenteile. Die Aufständischen besetzten alle strategischen Punkte der Hauptstadt. Die Fahne der Republik weht auf dem Königsschloß und den öffentlichen Gebäuden. Gestern früh wurde die Republik erklärt.

Vadajoz, den 6. Oktober. Hier geht das Gerücht, die königliche Familie sei gefangen und an Bord eines Kriegsschiffes. Die Soldaten des Infanterieregiments Nr. 16 waren in Republikaner und Monarchisten gespalten. Zwischen beiden Teilen fand ein Kampf statt, in dessen Verlauf die Republikaner siegten und der Oberst, mehrere Offiziere und eine Anzahl Soldaten fielen. Der Rest ging zu den Republikanern über. Das Infanterie-Regiment Nr. 5 und das Jäger-Regiment Nr. 1 verstärkten das Infanterie-Regiment Nr. 16. Das Artillerie-Regiment griff unter dem Kommando von Sergeanten trotz des Widerstandes des Obersten und der Offiziere die Kaiserin an. Das Arsenal wurde eingenommen und die dort lagernden Waffen unter die Bevölkerung verteilt. An Bord eines im Hafen ankernden Schiffes, das die republikanische Flagge hielt, hatten die Leiter der Republikaner mehrere Konferenzen mit den Chefs der Armee und Marine. In den Straßen von Lissabon tobte ein heftiger Kampf, wobei die Artillerie die Hauptrolle spielt. Die Aufständischen sind ausgezeichnet bewaffnet. Das Regiment Nr. 4, das in Elvas in Garnison liegt, ist nach Lissabon abmarschiert.

Paris, 6. Oktober. Wie dem „Echo de Paris“ aus London berichtet wird, soll der portugiesische Gesandte in London vorgestern früh beunruhigende Depeschen von König Manuel erhalten und daraufhin die englische Regierung gebeten haben, schleunigst Kriegsschiffe nach Lissabon zu entsenden, um erforderlichenfalls die königliche Familie zu schützen.

München, den 6. Oktober. Nach einer im Schlosse Mantelberg in Tirol bei Verwandten der portugiesischen Königsfamilie gestern nachmittags eingetroffenen telegraphischen Nachricht befinden sich König Manuel und seine Mutter in Lissabon seit vorgestern unter sichem Schutz auf Bord eines englischen Kriegsschiffes.

London, den 6. Oktober. Über die Straßenkämpfe bei der Proklamierung der Revolution wird noch folgendes aus Lissabon gemeldet: Mehrere Regimenter Infanterie, Kavallerie und Artillerie hatten die sich sträubenden Offiziere getötet und drangen in das Zentrum der Stadt ein, von wo aus sie den im Flusse liegenden Kriegsschiffen Signale gaben. Diese hielten darauf die grün-blaune Flagge; dieselbe wurde dann auch auf den Almada-Forts und den Regierungswerken von Barreiro aufgezogen. In den letzten wurde ein allgemeiner Streik erklärt. Unterdessen hatten sich die republikanischen Truppen unter dem Befehl von sechs Generälen vereinigt. Die Konzentration fand auf einem Platz statt, wo gerade Jahrmarkt abgehalten wurde. Auch hier wurde überall die republikanische Flagge ausgezogen. Die Artillerie richtete ihre Geschütze auf die Straßemündungen und bereitete sich zum Kampf gegen die königstreuen Truppen vor. Die rebellische Infanterie besetzte eine Anzahl Häuser. Bald nach Mitternacht begann der Kampf mit den loyalen Truppen, er dauerte den ganzen Dienstag an bis spät in die Nacht hinein. Nach einigen Berichten erschienen die Rebellen nachmittags Verstärkung durch 8000 Männer. Sogleich begannen sich die zwei Kriegsschiffe im Hafen am Kampf zu beteiligen; sie richteten zunächst ihr Feuer auf den Palast Necessidades, wo man den König vermutete, doch brachte die Beschleitung nur eine Viertelstunde, worauf die königliche Flagge vom Dach heruntergeholt wurde. Das Bombardement in den Straßen wurde inzwischen fortgesetzt. Auf beiden Seiten kämpfte man mit großer Erstürzung. Am Mittwoch schwiegen die Geschütze und man hörte nur noch Gewehrschüsse. Die

wenigen dem König treu gebliebenen Truppen marschierten in die Kasernen zurück und legten die Waffen nieder. Auf allen Regierungsgebäuden wurden die republikanischen Flaggen gehisst und die Kriegsschiffe verkündeten dies mit Salutschüssen. Seitdem wagte sich das Volk wieder auf die Straßen; große Mengen versammelten sich vor dem Rathaus, von dessen Balkon ein Republikaner eine Ansprache hält.

Berlin, den 6. Oktober. An amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß sich ein deutsches Kriegsschiff vorläufig nicht in die portugiesischen Gewässer begeben wird, da über Verleezungen deutschen Eigentums und deutscher Staatsangehöriger bislang noch nichts festgestellt oder gemeldet worden ist. Die Frage ist jedoch offen. Wo sich der König befindet, weiß man nicht; man hat aber Grund zu der Annahme, daß er sich weder in der Gefangenschaft der Republikaner noch an der Spitze einer monarchischen Gegenbewegung befindet. Man nimmt vielmehr an, daß er auf neutrales Gebiet geflüchtet ist, entweder auf ein englisches oder auf ein brasilianisches Schiff. Von England nimmt man an, daß es zugunsten der Person des Königs eintreten wird, aber nicht zugunsten der portugiesischen Monarchie. Spanien verhält sich ebenfalls neutral und hat sich darauf beschränkt, einen Grenzüberwachungsdienst einzurichten und das Kriegsschiff „Numancia“ nach Lissabon zu entsenden. Die deutsche Regierung enthält sich den Vorgängen in Portugal vorläufig jeder Stellungnahme, wie es ebenso die anderen Mächte tun dürfen. Daß die republikanische Regierung in Lissabon, falls sie siegreich bleibt, ihre Tätigkeit damit beginnen werde, auswärtige Verträge zu verlegen, sei nicht anzunehmen. Im übrigen aber rechnet man in diesen politischen Kreisen damit, daß man in Portugal auf Jahre hinaus nicht ganz zur Ruhe kommen wird.

London, den 6. Oktober. Der Kreuzer „Newcastle“ ist allein in Lissabon angekommen. Die englische Regierung ist der Meinung, daß es nicht nötig ist, weitere Schiffe nach dem Tajo zu entsenden. Die anderen Schiffe warten jedoch in angemessener Entfernung von der Haupstadt auf Befehle. In amtlichen Kreisen Londons ist man der Ansicht, daß die Revolution vollendet Tatsache und das Leben und Eigentum der Engländer in Portugal hinreichend geschützt sei durch die Anwesenheit eines Schiffes auf dem Tajo.

Frankfurt a. M., den 6. Oktober. Der Minister des Auswärtigen in Lissabon, Machado, erklärte dem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ namens der portugiesischen Regierung, alle nationalen Kontrakte würden anerkannt werden. In der Stadt herrsche völlige Ruhe.

Oporto, den 6. Oktober. Es herrscht hier große Unruhe. Die Nachrichten aus Lissabon werden mit Ungeduld von der Menge erwartet, welche sich nach dem Mittelpunkte der Stadt zusammengedrängt hat. Vor der Redaktion des republikanischen Blattes „Vaterland“ veranstaltete die Bevölkerung eine große Demonstration, um ihrer Sympathie mit der Revolution Ausdruck zu geben. Die Massen wurden von den Polizeiagenten mit Gewalt zerstreut. Auf die Polizeibeamten wurde aus dem Redaktionsgebäude ein Hagel von Gegenständen jeder Art hinabgeschleudert, doch sie nahmen den Kampf auf, in dem zwei von ihnen und dreizehn von den Gegnern verwundet wurden. Schließlich wurden die Redaktionsräume besetzt und die dort befindlichen Personen zunächst verhaftet, später jedoch wieder in Freiheit gesetzt.

Lissabon, 6. Oktober. Die Republik ist im ganzen Lande anerkannt.

Lissabon, 6. Oktober. Die provisorische Regierung ernannte bereits für sämtliche Provinzen Civilgouverneure. Marshall Hermes da Fonseca machte in Begleitung Theophil Bragas eine Automobilfahrt durch die Straßen Lissabons. Auch der englische Kreuzer „Minerva“ ist nun hier eingetroffen. Die provisorische Regierung notifizierte den fremden Gesandten die Proklamierung der Republik. Der englische Gesandte suchte eine Unterredung mit Bernardino Machado nach. Ein hiesiges Blatt meldet, bewaffnete Leute aus dem Volke hätten in einer Vorstadt Lissabons einige Geistliche und Professoren des Gymnasiums festgenommen. Ein Teil der Truppen, die zurzeit in Lissabon sich befinden und die Seestreitkräfte, die befestigte Lagerstellungen bezogen haben, stehen nicht auf Seiten der neuen Regierung. Nachrichten aus den Provinzen fehlen.

Madrid, den 6. Oktober. Nachrichten aus Lissabon zufolge wurde die Republik in Oporto, Coimbra, Braga und Estremoz ausgerufen. Bernardino Machado bereist die Städte und Landgemeinden und rät der Bevölkerung, sich ruhig zu verhalten. Nach Lissabon werden nur Truppen hereingelassen, die auf die Seite der Revolutionäre treten wollen.

Paris, den 6. Oktober. Die Proklamierung der Republik macht entgegen anderslautenden Meldungen nur langsame Fortschritte. Nur in Coimbra und Porto Alegre wurde das neue Ministerium bejubelt. Die Garnisonen von Elvas und Selvad halten sich zurück, weil dort das Gerücht verbreitet ist, daß in Lissabon noch königstreue Truppen sich geweigert hätten, die monarchischen Abzeichen zu entfernen.

Paris, den 6. Oktober. Der französische Gesandte in Lissabon hat dem Minister des Auswärtigen durch drahtloses Telegramm von einem englischen Schiff bestätigt, daß die Republik ausgerufen ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bischöflich autorisierte Zentrumspolitik.

In der „Germania“ sagt der Abgeordnete Erzberger dem „verseuchten Westen“ Fehde an. Der Streit im Zentrum dreht sich bekanntlich darum, ob die Laienpolitik mit dem Ziel einer interkonfessionellen Erweiterung des Zentrums zu einer vorwiegend wirtschaftlichen und politischen Partei die Oberhand gewinnen soll, oder seine Richtung, die die Zentrums politik in den engsten Rahmen konfessioneller Abhängigkeit vom Clerus spannen will. Erzberger nimmt jetzt in der „Germania“ Partei für die letztere Richtung. In einem Artikel „Windthorst und die bischöfliche Autorität“ stellt er Windthorst als das ewige Muster eines Zentralführers hin; der bemerkenswerteste Zug an ihm sei sein verständnisvolles Hand-in-Hand-Gehen mit den Bischöfen gewesen. Schon als Justizminister in Hannover sei er seinen Weg im engsten Anschluß an den Bischof gegangen, und als ihm vom Kaiser Franz Josef die Vermögensverwaltung des minderjährigen Fürsten von Thurn und Taxis gegen ein Jahresgehalt von 100 000 Mark angeboten wurde, da habe er die Entscheidung zwei Bischöfen übertragen, die ihm geraten hätten, als politischer Führer auszuhalten. Das habe er getan. Wie in diesem Falle Windthorst sein Schicksal als Katholikführer in die Hände der Bischöfe gelegt habe, so habe er vielen Grundgedanken seiner gesamten Tätigkeit auch sonst stets öffentlich Ausdruck gegeben. Auf dem Katholikentag in Münster 1885 habe er die Laien-Politiker des Zentrums fort und fort auf die kirchliche Autorität hingewiesen und nichts wissen wollen von einem großen „Entklerikalisierungsprozeß“ der deutschen Katholiken, er sah deren Stärke vielmehr im Anschluß an die Bischöfe: „Selbst da, wo er glaubte, daß im Interesse der katholischen Sache ein anderes Verhalten nützlicher sein würde, ging er mit den Bischöfen und der Kurie, und wenn er sich zu Vorstellungen und Gegenbemerkungen gezwungen sah, dann stand er den richtigen Ton gläubiger Bekenntnistreue und männlicher Offenheit.“

Erzberger schließt seinen Artikel: „Das ist uns Ideal und Leitstern; das sind die Windthorstschen Ideen, die unbekümmert sich weiter entfalten müssen, aber nicht in der Richtung, als hätte sich die bischöfliche Autorität auf das Dogma zu beschränken. Wir streiten gegen eine weitere Säkularisation der Geister und Enziehung weiter Gebiete des öffentlichen Wohles aus der kirchlichen Reichssphäre... Wer hiergegen sich vergeht, in Wort und Tat, der zerstört die Einigkeit, nicht aber jener, der diese alten Kernsätze in Erinnerung bringt, oder der Schlukusen nicht folgt, wenn gegenüber bösen Entgleisungen auf dieses Fundament katholischer Einigkeit hingewiesen wird.“

Furcht vor der Wahrheit.

Soweit ist die feige Gesellschaft der Gegner der Sozialdemokratie schon gekommen, daß sie nicht nur den innigsten Wunsch hegt, die Wahrheit über die Bedeutung und Tätigkeit der Sozialdemokratie zu unterdrücken, sondern daß sie auch kein Bedenken trägt, die Unterdrückung der Wahrheit als letztes Rettungsmittel angelegenheit zu empfehlen. Die „Deutsche Tagesszeitung“ schreibt:

Wir haben mehrfach mitgeteilt, daß bei den letzten Reichstagswahlen die Sozialdemokratie in ihren Reden und Flugblättern mit dem bekannten Ausspruch des badischen Ministers Freiherrn v. Bodmann über die „großartige Bewegung zur Befreiung des vierten Standes“ freuden gegangen ist. Aus unserem Gesetzeskreis wird uns ein sozialdemokratisches Flugblatt überlandt, das in einer schlesischen Mittelstadt für die Wahl sozialdemokratischer Stadtvorordneten Stimmung macht. Auch in diesem Flugblatt werden Aussprüche von bürgerlicher Seite über die Sozialdemokratie in agitatorischer Weise verwandt. So wird die Äußerung einer bürgerlichen Zeitschrift erwähnt, nach der die sozialdemokratische Partei durch Aufdeckung mannigfacher wunderbare Bunte durch freundliche Hilfeselbstungen den Zurückgesetzten gegenüber und vor allem durch Ausbildung ihrer Vertreter mit dem besten fachlichen Wissen den Städteverordneten sehr genügt habe. Es wird ferner die Adresse wortlich mitgeteilt, die die Stadtverordneten zu Berlin Herrn Paul Singer zur Erinnerung an seine 25jährige Tätigkeit im Stadtvorordneten-Kollegium gewidmet haben. In dieser Adresse wird die treueste, eifrigste und mühevollste Pflichterfüllung, die höchst wirtschaftliche und aufserordentlichsvolle auf reiche Kenntnisse gestützte Tätigkeit, die Herzenswärme, die Gewissenhaftigkeit, die Selbstlosigkeit des Herrn Singer in den höchsten Tönen gerühmt. Vor allen Dingen aber führt das Flugblatt den Ausspruch des Breslauer Oberbürgermeisters Dr. Bender an, daß er die Mitarbeit der Sozialdemokratie im Stadtparlamente nicht missen möge, da sie zu den tüchtigsten und fleißigsten Stadtvorordneten gehören. Man kann es den Genossen nicht verbieten, wenn sie derartige Aussprüche in der Agitation verwenden. Die bürgerlichen Parteien und Politiker sollten doch mit solchen Äußerungen etwas vorsichtiger sein.

Man kann es ja verstehen, daß den Herrschaften die Wahrheit über unsere Tätigkeit sehr unbehaglich ist. Sie geben mehr weiß was darum, wenn sie die ehrlich anerkennenden Worte der Gegner über die Sozialdemokratie aus der Welt schaffen könnten.

Gewerkschaftsbewegung.

Ausdehnung des Kohlenarbeiterstreiks in Berlin. Der Streik bei der Firma Kupfer u. Co., der noch unverändert fortduert, dehnt sich nun auch auf andere Betriebe aus.

welt daselbst Streikarbeit für die Firma vertichtet wird. Bei B. Paul Nachf. haben 25 Beschäftigte die Arbeit eingestellt. Bei Liedendorfer entstanden deshalb ebenfalls Differenzen, die zwar bald beigelegt wurden, von neuem aber auszubrechen drohen.

Schuhmacherstreik in Dresden. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Schuhfabrikarbeiter und dem Verband der Schuh- und Schäftekantanten sind gescheitert. Die Vertreter der Fabrikanten lehnten alle Forderungen, außer einer Zulage für handgewebte Arbeit von 8 Proz. zum 1. April 1911 ab. Da eine Einigung auf dieser Basis nicht geschaffen werden konnte, zogen die Fabrikanten auch dieses Zugeständnis zurück. Ein Vorschlag der Arbeitervertreter, die Fabrikanten sollten in eine Verhandlung mit den Arbeiterausschüssen der einzelnen Betriebe eintreten, wurde abgelehnt. Mit dieser Zurückweisung ist eine friedliche Beilegung der Differenz nicht mehr möglich und werden sich mit dieser Woche 1200 Personen im Ausstand befinden.

Erfolgreicher Tarifabschluss des technischen Theaterspersonals in Nürnberg. Die Lage des technischen Theaterpersonals an den deutschen Bühnen ist überaus verbesserrungsbedürftig. Neben langer Arbeitszeit und niedrigen Gagen sind es besonders hohe Konventionalstrafen, Gagenkürzungen und andere Schikanen, die das Leben "hinter der Bühne" schier unerträglich machen. Leider hat das Personal erst an wenigen Orten den Weg der Selbsthilfe durch die Organisation beschritten. Vielfach hofft man noch durch Benefizvorstellungen und ähnliche Beteilungen Abhilfe. In den letzten Jahren hat sich endlich das technische Personal größerer Stadttheater aufgerafft und ist im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert. In Nürnberg trat ein seit langem bestehender Lokalverein am 1. November 1908 diesem Verbande bei. Es konnte bereits 1909 eine Erhöhung der Gage des gesamten Personals um 5–10 M. pro Monat erzielt werden. Am 30. September ds. J. ist nun ein Tarifabschluss von der Direktion mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter erfolgt, der wiederum ganz wesentliche Verbesserungen enthält. Wir geben nachstehend die wichtigsten Positionen des Tarifvertrages wieder: Die Mindestgage wird von 85 Mark pro Monat auf 95 bis 110 M. heraufgesetzt. Es findet jährliche Steigerung von 5 M. auf 120–130 M. statt. Die befreienden Gagen werden sofort um 5–10 M. erhöht. Die Arbeitszeit bei den Bühnenarbeiten wird um 1/2 Stunde pro Tag verkürzt. Bei spielfreier Zeit darf den Weiterbeschäftigen die Gage nicht mehr gekürzt werden. Während der Sommerspielaison darf vom Winterpersonal (Schneider und Garderosen) niemand entlassen werden. Regulierung der freien Tage, die für Bühnenarbeiter auf den 8. oder 9. Tag fallen, für das übrige Personal wöchentlich gestattet sind. Extraentschädigung für notwendige Vorstellungen an freien Tagen ist erheblich herausgesetzt (25–125 Proz.). Einführung eines bezahlten Sommerurlaubs bis zu einer Woche. Weiterbezahlung der vollen Gage bei Erkrankung und militärischen Übungen auf 2 Wochen. Die "Ständigkeit" des technischen Personals wird anerkannt. Sie unterstehen damit den übrigen Bestimmungen für städtische Arbeiter. Eine Schichtungskommission, bestehend aus Direktion, Vertretern der Arbeiter, sowie einem Vertreter der Organisation des Gemeindearbeiterverbandes ist eingesetzt. Der Tarifvertrag hat Gültigkeit bis 30. April 1915. Er verlängert sich um je 2 Jahre, wenn nicht am vorhergehenden 31. März leitende einer der beiden vertragabschließenden Parteien die Kündigung erfolgt.

Militär-Behörden als Streifbrecher – Vermittlungssstellen. In den Räumen des Bezirkskommandos Essen, Elberfeld zu hängen Bekanntmachungen, durch die die Essener Klempnerinnung Klempner sucht. Da die Essener Klempner seit Wochen im Streit stehen, wandte sich die Ortsleitung Essen des Metallarbeiterverbandes unter Darlegung des Sachverhaltes an den zuständigen Generalmajor von Esch, der auf die Gingabe unter der 29. September antwortete:

Auf Ihr Schreiben vom 23.9.08 erwidere ich Ihnen, daß der Aushang des Klempners Schnettler im Gebäude des Bezirkskommandos I mit dem Lohnkampf der Klempner nichts zu tun hat. Es handelt sich vielmehr um eine Betätigung der Fürsorge durch die Militärbehörde für Reserveoffiziere, welche bei ihrer Entlassung nach beendeter Dienstzeit juchen. Diesen soll der Übergang nach Möglichkeit erleichtert werden. Dies liegt also keine Veranlassung vor, das Bezirkskommando I Essen anzusehen, den fraglichen Anschlag zu entfernen.

v. d. Esch,
Generalmajor.

Die Behauptung des Herrn Generalmajors, daß der Anschlag nichts mit dem Lohnkampfe zu tun habe, ist natürlich absolut falsch, da Schnettler Führer der Janusmeister im Streit ist.

Kinderausbeutung in der Krabbenindustrie in Schleswig-Holstein.

Die letzte Heimarbeiterausstellung in Berlin hat jedem ehrlichen Volksfreund die Heimatvertret als eine Verbude am deutschen Volkskörper gezeigt. Allgemein erscholl der Ruf nach Einschränkung der Heimatvertret. Hohe und höchste Herrenhäuser, die diese Ausstellung besuchten, haben sich schaudern von den Zeugen der Städtchen grauenen Elends abgewandt.

Hieraus wurde dann auch dem Reichstag der Entwurf eines Haarsatzgesetzes vorgelegt, der aber nicht den minimalsten Anforderungen an einen wirklichen Heimarbeiter schutz genügt. Die bisher erloschenen Heimarbeiterordnungen muten wie schwärmerische, kleine Abschlagszählungen an und sie liefern dem Arbeiter wieder einen Beweis dafür, wie wenig ernst er solche Gefülsauflösungen beim deutschem Philister zu nehmen hat. Die Befreiung von Unterdrückung Ausbeutung und Not kann nur das Werk des Arbeiters selbst sein!

Die trockenen humanen Auswendungen, für jeden Untermieter legten Endes immer wieder der Profit ausschlaggebend in illudieren uns so recht trog die Heimarbeiteraufsicht in der oft in den letzten Jahren zur Blüte gelangten Krabbenfutterindustrie an der Nordküste Schleswig-Holsteins.

Hauptsächlich in den Orten Marne, Heide, Lüning, Neuhofen usw. ist die Krabbenfutterindustrie zu Hause. Frauen und Kinder arbeiten die Früchte vor. Alle Hände, die sich rütteln, und alle Beine, die fann lassen können, drängen sich dazu zum Entzettel der ungetrennten Krabbenzangen. Nur oft wandern diese in die Faust, um als Zigarettenfilter fertiggemacht und dann in den Handel gebracht zu werden.

Für das Kind Krabben zu häuten wird fünf Pfennig gezahlt. Die Krabbenfutterindustrie zu Hause sind in drei Städten. Sehen ist klar, welch ungesehene Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte in diesen Städten zur Last steht. Die Folgen: mangelnde körperliche Entwicklung und in der Schule wackernde Ausnahmefähigkeit sind eben aus nicht ausgeschlossen. Das die Schäden für

die aufwachsende Generation nicht mehr zu übersehen waren, beweisen zwei Polizeidokumente. Das erste, vom 19. April 1908, enthält folgende Verfügung:

"Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Bis zum 31. Dez. 1908 ist die Beschäftigung eigner Kinder unter zehn Jahren in den Werkstätten für Zubereitung von Fischen mit dem Auspflügen von Krabben zugelassen, unter der Bedingung, daß die Kinder:

1. nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden,
2. den Kindern um Mittag mindestens eine zweistündige Pause gewährt wird,
3. am Nachmittag die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendetem Unterricht beginnt.

An Sonn- und Festtagen dürfen auch eigene Kinder im Betriebe von Werkstätten und im Handelsgewerbe nicht beschäftigt werden."

Wenn man nun glaubt, daß jetzt eine straffe, polizeiliche Kontrolle eingesetzt hätte, die besonders der Kinderarbeit im Hause gegolten hätte, so vergibt man, daß Polizeivorschriften oft nur sogenannte kleine Verhügungspfälzerchen sind, Vorschriften, die nur dafür da sind, um gingen zu werden.

War jetzt die Kinderarbeit in den Werkstätten verboten, so breite sie sich dafür in den Wohnungen um so unheimlicher aus. Die Zustände wurden immer furchterlicher.

Auf eine eingereichte Beschwerde der Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes von Marne erfolgte im Frühjahr ds. J. die Antwort der Polizeiverwaltung in Marne, die nur im Auszug in ihren wesentlichen Teilen wiedergegeben werden kann:

"Die (1908 erlassenen und von uns oben abgedruckten) Ausnahmebestimmungen hatten nur bis zum 31. Dezember 1908 Gültigkeit, andere Bestimmungen sind inzwischen noch nicht erlassen.

Wenn auch eine gänzliche Untersagung der Kinderarbeit beim Krabbenhäuten im Interesse der kleinen Leute sowohl wie im Interesse der Krabbenindustrie nicht wünschenswert ist (1), so unterstellt es doch andererseits keinem Zweifel, daß die Kinder nicht selten den Vorschriften zuwider zu lange und zu anstrengend beschäftigt werden, zum Nachteil ihrer körperlichen Entwicklung und ihrer Schulausbildung.

Die Vorschriften werden daher in der nächsten Zeit wieder veröffentlicht, auch werden Revisionen angeordnet werden".

Es wird dann noch in dem Schreiben gebeten, die Polizei in der Kontrolle der Betriebe zu unterstützen, "als Denunziation seien solche Mitteilungen nicht anzusehen".

Das ist alles, was bis jetzt gegen die himmelschreiende Kinderausnutzung geschehen ist. Bislang geht's im alten Tempo lustig weiter. In Marne allein sind fünf Krabbenfabriken. Schon in einer werden circa 300 Frauen und mindestens die doppelte Anzahl Kinder beschäftigt.

Was schert's die Unternehmer, — sind sie doch die Träger der Nation und tadellose Hurrapatrioten, — wenn sie Mark und Lebenssaft des deutschen proletarischen Nachwuchses mit in ihre Fischkonserven verschonen. "Die Krabbenindustrie verträgt keine Einschränkung!"

"Profit" heißt der Gott der Unternehmer! Stellen wir ihnen unsern Gott, den Kampfesfreudigen, völkerbefreenden Sozialismus entgegen!

Aus dem Gerichtsaal.

Eine preußische Ordnungssünde. Welche Elemente in Preußen sehr häufig heraußen sind, über Sitte und Moral und die öffentliche Ordnung zu machen, zeigte eine Verhandlung vor der Strafkammer zu Marburg gegen den Polizisten Schulze aus Leuchten. Schulze ist seit Anfang dieses Jahres in eine Reihe von schwierigen Prozessen verwickelt. Den Anfang der Prozesse machte eine Räumungsklage, die Schulze mit dem Tierarzt Kubanski hatte, wobei er schlecht abschnitt. Zwischen hatte auch der Maurermeister Steinmeier einen Alimentenprozeß, wo das Zeugnis des Tierarztes dem Maurermeister zustatten kam, indem dieser beschwore, auch mit der Geschwängerten verehrt zu haben. Später trat Schulze mit der Behauptung auf, der Tierarzt habe die Unwahrheit beschworen, er sei von Steinmeier verleitet worden, denn Steinmeier habe auch ihn verleiten wollen und ihm erst 2000 M., dann 5000 M. geboten, er habe aber abgelehnt. Das führte zu einer Privatklage, die Steinmeier aufstrebte, und zur Verurteilung des Schulze zu 400 M. Geldstrafe. Darauf hat nun Schulze das Gericht vertreten, er habe mit der Frau des Steinmeier Gebrüder getrieben. Eine zweite Privatklage wurde anhängig und Schulze vom Schöffengericht in Leuchten zu 300 M. und seine Ehefrau zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Beide Parteien legten Berufung ein. Schulze, der vom Dienst entheftet ist, erschien in der Verhandlung vor dem Berufungsgericht in Kassel, jedenfalls in der Absicht, den Richtern besser imponieren zu können. Die Verhandlung wurde unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Nicht das Mindeste konnte bewiesen werden, daß Frau St. unerlaubten Verkehr getrieben hat, trotzdem Schulze mit der eisernen Stein mehrere Männer herbeigeschafft hatte, die seine Behauptungen bezeugen sollten. In der Urteilsprägung hob der Vorsitzende ausdrücklich hervor, daß das Gericht empört sei über das gemeinsame Verhalten des Angeklagten. Er gehörte zu jenen Leuten, die unwahre Behauptungen aufstellen, diese trocken Gegenbeweise mit dreierlei Stirn aufrecht erhalten, um andere glauben zu machen, es sei wahr, und dabei vor keiner Geheimheit zurückzuschrecken. Den Taten des Angeklagten entsprach das Urteil. Das Schöffengerichtsurteil, das auf 300 M. Geldstrafe lautete, wurde aufgehoben und Schulze zu sechs Monaten Gefängnis und seine Frau zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Unter Halseldes Parteiblatt, dem wie diesen Bericht entnehmen, schreibt zur Erinnerung an den Schulze noch: "Den Einwohnern von Leuchten wird der Polizeisergeant Paul Schulze in bester Erinnerung bleiben, denn in fast allen Prozessen, die in den letzten Jahren gegen in der Arbeiterbewegung tätige Genossen anhängig gemacht wurden, trat dieser als unformierter und deshalb einwandsfreier Schwurzeuge auf. So ein Mensch hat Jahrzehnte lang als Ordnungshüter fungiert und sicher nur durch sein schneidiges Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung seinen moralischen Respekt verhüllt. In den Prozessen gegen die Arbeiter hat er immer glänzend abgeschnitten. Dient geworden, hat er sich nun auch an Angehörige der Bourgeoisie geworfen. Das ist ihm zum Verhängnis geworden.

Leodeser Teil. Das Schöffengericht in Leipzig verurteilte den Rektor Karl Koppius zweimal zum Tode, 15 Jahren Zuchthaus und dauerndem Throthal und 15 Jahren Kappius zweimal zum Tode, 7 Jahren Zuchthaus und 7 Jahren Kappius. Die Angeklagten nahmen das Todesurteil ohne jegliche Erregung auf.

Der bestrafte Schnapsgegner.

Vom patriarchalischen Arbeitsverhältnis auf dem Lande schwärmen unsere Funker, wenn sie um die Zeit der Reichstagswahlen um die Stimmen des gewöhnlichen Volkes bilden. Aber selbst das "Berliner Tageblatt" verfügt fürzlich einmal in solche merkwürdige Schwärmerei. Sie findet eine eigenartige Beleuchtung durch einen kurzen Gerichtsbericht der "Brieger Zeitung", der nur vier Zeilen umfaßt, aber Bände spricht. Demnach hat der Schneider Adolf Scholz in Pram einen Teil seiner Entschädigung in Schnaps erhalten, wie das in den ostfriesischen Gefilden vielleicht üblich ist. Scholz wollte aber keinen Schnaps, sondern Kaffee, und war gezwungen, als man ihm seinen Wunsch nicht gewährte, die Arbeit niedergulegen. Wenn ein Mensch sich den Schnaps energisch vom Halse hält, sei es, weil er ihn nicht trinken kann, so verdient er nach der Meinung gewöhnlicher Menschenkindern vielbetreute Anerkennung. Anderer Meinung war jedoch die Polizeiverwaltung und das Schöffengericht Bries. Sie verurteilten ihn wegen unberechtigten Einstellens der Arbeit zu 15 Mark Geldstrafe. Der junge Mann kann jetzt über Alkoholmissbrauch und seine Bekämpfung Betrachtungen anstellen, wenn die Strafe wegen Unentziehbarkeit in Haft umgewandelt wird. Er wird sich auch seine eigenen Gedanken machen, wenn ihm folgende Ausführungen des oben genannten freisinnigen Blattes zu Gesicht kommen:

"Es ist nicht zu leugnen, daß vielfach auf dem Lande ein gutes Verhältnis zwischen landwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitern besteht. Insbesondere ist die Lage der bodenständigen Arbeiter, der Inspektoren, durchaus nicht immer so belästigend, wie sie von sozialdemokratischer Seite hingestellt wird. Das alte patriarchalische Verhältnis ist noch vielerorts vorhanden, und die Arbeiter sind mitunter ihren Familien aufzufallen und glücklich. Die Leute sind froh darüber, als ein großer Teil der gewerblichen und industriellen Arbeiterschaft. Arbeitslosigkeit kennen sie nicht. Mangelt ist ihnen freim. Zugelassen der Krankheit und Arbeitsunfähigkeit sonst der Arbeitgeber für sie."

Wie dieses gute Verhältnis zwischen "Arbeitgeber" und Arbeiter auf dem Lande in Wirklichkeit aussieht, haben wir häufig beleuchtet. Es wird auch durch nachfolgendes illustriert: 42 Roheitsakte opreußischer Gutsbesitzer innerhalb vier Monaten gegenüber Landarbeiter sind dem Parteisekretariat für Ostpreußen durch ratschlagende Landarbeiter und durch Gerichtsberichte der Partei- und Bürgerlichen Presse bekannt geworden. Sie bestanden in mehr oder minder schweren körperverletzungen und Misshandlungen, gemeinen Beschimpfungen, wider besseres Wissen erstateten Strafanzeigen und sonstigen von rohen und gefühllosen Gutsbesitzern und Inspectoren verübten Gewalttätigkeiten gegenüber wehrlosen Arbeitern. Unter den Misshandelten befanden sich auch Frauen. Begangen wurden die Straftaten in den Monaten April, Mai, Juni, Juli, also in der Zeit, in der von den Landwirten am meisten über Leutenot geklagt wird.

In acht von diesen Fällen erfolgte wegen Körperverletzung und Misshandlung gerichtliche Verurteilung der Rohlinge zu Geldstrafen von 20 bis 100 Mark. In zwei Fällen wurde durch die Berufungsinstanz die Strafe von 90 auf 50 resp. von 50 auf 20 Mark ermäßigt. Nur in einem Falle erfolgte Verurteilung zu einer Woche Gefängnis. In fünf Fällen lehnte die Staatsanwaltschaft ein Vorgehen im öffentlichen Interesse ab und verwies die Strafantragsteller auf den Weg der Privatklage. In sechs Fällen wurde die Klage gegen die Misshandelten zurückgestellt, weil von diesen Strafantrag gegen die Misshandelten auf Grund der Ausnahmegelege gegen die Landarbeiter gestellt war. In elf Fällen schwanden die Prozesse noch während in allen übrigen Fällen aus den verschiedensten Gründen überhaupt keine Strafanträge gestellt resp. Klagen angekündigt wurden.

Sehr selten wagen es die angegriffenen Arbeiter, sich zur Wehr zu legen. Tun sie es, aber und es sind bei dem Vorfall keine zuverlässigen Zeugen zugegen gewesen, dann wird in der Regel der Spieß umgedreht. Der Gutsbesitzer oder Inspector stellt schnell durch den Amtsvoordecker Strafantrag wegen Widerrichtigkeit. Verweigerung der Arbeit und des Gehorsams und der verprügelte Landarbeiter ist vor Gericht der Angeklagte, während der als Zeuge austretende Besitzer sich angeblich in Notwehr gegen den ihn angreifenden Arbeiter befunden hat. Im Urteil heißt es dann oft: Durch das durchaus einwandfreie Zeugnis des Gutsbesitzers ist festgestellt usw. und der geprügelte und auf die Strafe gefesselte Arbeiter erhält eine Geldstrafe oder gar noch eine Gefängnisstrafe dazu.

Plündierung der Konsumenten.

Daz. große Ernten den Konsumenten keine mäßigen Preise sichern, das haben wir in Deutschland ja saftsam erfahren. Im Jahre 1908 hatten wir eine Rekordreise in Roggen; mit einem Getreide von 10736 874 Tonnen erreichte die deutsche Landwirtschaft die größte bisher erzielte Erntemenge. Auch das Jahr 1907 hatte mit 9757 859 Tonnen gegenüber den beiden Vorjahren größere Erträge geliefert. Trotzdem schnelten die Preise hinauf. An der Berliner Börse kostete die Tonne im Jahre 1908 160,0 M., im nächsten Jahre sprang der Preis auf 193,2 M. hinauf und er behauptete sich im folgenden Jahre auf der Höhe von 186,5 Mark. Die Folge dieser Preistreiberei war ein Rückgang des einheitlichen Verbrauches. Er sank pro Kopf der Bevölkerung von 158,3 Kilogramm im Jahre 1902/03 auf 141,3 Kilogramm im Jahre 1908/09. Größere Ernten, höhere Preise, verminderter Konsum! Das ist eine prächtige Entwicklung! Das Mittel der Preistreiberei ist unsere Politik in Verbindung mit dem Einfuhrcheinlystern. Im Jahre 1907 wurde noch mehr Roggen eingeführt, der Einfuhrüberschuss stellte sich auf 365 425 Tonnen. In den nächsten Jahren war die Ausfuhr größer als die Einfuhr. Für 1908 und 1909 ergibt sich ein Ausfuhrüberschuss von 614 685 Tonnen. Für die Ausfuhr wird den Exporteur in der Form der Einfuhrscheine aus der Tasche des Steuerzahlers eine Exportprämie in Höhe von 50 M. pro Tonne gewährt. Für die Reichsliste bedeutet mithin allein die Mehrausfuhr einen direkten Verlust von rund 30 Millionen Mark. Der Effekt des ganzen Vorgangs ist folgender: Die Steuerzahler schenken – unfreiwillig natürlich – den Exporteuren 30 Millionen Mark, damit diese den deutschen Markt von Getreide entblößen und hier die Preise nach Herzenslust herauftreiben können. Mit dem gleichen Resultat werden mit anderen Mitteln die Konsumenten auf anderen Gebieten geschöpft. Ein bemerkenswerter Vorgang spielt sich nun am Kaffeemarkt ab. Seit Juli sind die Preise im Großhandel um circa 30 Proz. gestiegen. Man könnte annehmen, eine schlechte Ernte oder starke Abnahme des Weltmarktes an Kaffee könnte das hinaufprängen der Preise verursacht haben. Das stimmt aber nicht! Die nächste Ernte ist höchstens ebenso groß. Sie beträgt am 1. August in 1000 Ballen:

1900	5 776	1905	11 582
1901	7 694	1906	10 080
1902	11 599	1907	15 884
1903	12 523	1908	14 855
1904	12 694	1909	18 790

1910 - 14 210.

Von einem Mangel an Ware kann man also nicht reden. Aber die Sache mit den Vorräten hat einen bösen Haken. Die brasiliante Regierung hat unter finanzieller Mitwirkung verschiedener Banken einen erheblichen Teil dieser Vorräte, nämlich 6 Millionen Bassen, dem Markt entzogen. Die ausgesprochene Absicht dagegen ist, die Preise zu treiben. Zunächst schien es ja, als ob die künstliche Zurückhaltung der Ware die beabsichtigte Wirkung nicht haben werde. Teilweise durch Börsentechnische Manöver unterstützt, kommt man nun offensichtlich doch zum Ziele. Dauernd wird sich die Haufe allerdings wohl nicht halten lassen; aber das nutzt den Konsumenten nicht viel, denn wenn erst die Preise im Handel hinaufgeschraubt sind, halten sie sich auch längere Zeit auf der Höhe.

Ein ebenfalls in dieses Gebiet fallender Vorgang vollzieht sich am Baumwollennmarkt. Durch künstliche Zurückhaltung großer Mengen Ware treiben die Börsenjobber die Preise an der Neuporter Börse hinauf. Das hat zu so abnormalen Verhältnissen geführt, daß es sich lohnt, Baumwolle aus Europa wieder nach Amerika zurückzubringen. Aus Liverpool und aus Bremen sind in letzter Zeit wiederholt Ladungen Baumwolle nach Amerika zurückgegangen. Es muß also zweimal die Fracht bezahlt werden; und trotzdem machen die Exporteure mit der zurückgesandten Baumwolle noch ein Geschäft. Später wird natürlich die Ware zum zweiten Male nach Europa gesandt. Die Kosten müssen selbstverständlich letzten Endes immer der Konsument tragen. Das ist kapitalistische Ordnung!

Aus Nah und Fern.

Setze Brünne. Der „Schönauer Anzeiger“ bringt in seiner Nr. 116 vom 1. Oktober d. J. folgendes Inserat:

„An der katholischen Pfarrkirche zu Kammerwaldau bei Hirschberg, Schlesien, ist die Stelle eines Organisten und Küsters zu bekleiden.“

Der Dienst ist folgender: Der Küsterorganist hat

1. an vier Hauptgottesdiensten die Orgel zu spielen,
2. dabei den Gesang zu leiten,

■ Komitee- und ■ Kommissionssitzungen

V. u. A.
Sonntag, den 9. Oktober,
mittags 11 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“

Die Geburt eines kräftigen Jungen
selbst erfreut an
E. Etter und Frau, geb. Fic.

Ber. sofort eine Wohnung zu
vermieten, Waisenhoferstr. 13 a, III.

Zu sofort eine Wohnung zu
vermieten. Gewigkstraße 21 a.

Zu vermieten eine Wohnung
mit Stall und Keller. Preis 125 Mk.
Mädel, Krempendorf.

Zu kaufen gel. eine gut erhaltene
Hängelampe und ein Kinderklapp-
stuhl. Angeb. u. B 120 a. d. Exp.

Eine ca. 2 Liter Milch gebende
hornlose Siege; kaufe und rausche
Schlachtziegen. Fünhausen 7.

Der Neue-Welt-Kalender 1911

ist erschienen und zum Preise
von 40 Pfg. zu beziehen durch

**die Buchhandlung von
Friedr. Meyer & Comp.,**

Johannisstrasse 46 sowie deren Kolporteur.

Aus dem Inhalt heben wir hervor:
Rückblick (mit Illustrationen). Die Niedergeraden — reiten, von H. Ströbel. Landarbeiterflucht, von Otto Braun. Eine neue Waffe, von Simon Katzenstein (mit Illustration). Auf parteigeschichtlichem Boden in Westdeutschland, von Dr. A. Conrad (mit Illustrationen). Revolution in der Verkehrstechnik, von Felix Linke (mit Illustrationen). Sport und Arbeiter, von Dr. R. Silberstein (mit Illustrationen). Zwei Riesenstreiks (mit Illustrationen). Unsere Todten (mit Porträts). Usw. Usw.

3. sich die Sänger selbst zu besorgen und einzuholen,
4. da es in Kammerwaldau in der Gemeinde an Sängern fehlt, solche von auswärts auf seine Kosten dorthin zu transportieren, selbst zu entlohen und zu belohnen,
5. alle Küsterdienste einschließlich des Schreibwertes, aber ausschließlich des Glockenläutens und Reinigens der Kirche zu verrichten,
6. für die Zeit, wo er als Organist tätig ist, einen Küsterstellvertreter zu stellen,
7. sich zu jeder Zeit bei Nebengottesdiensten, Taufen, Krankenprozessionen usw. zur Verfügung des Pfarrers zu halten oder einen Küsterstellvertreter zu stellen.

Als Jahresgehalt für diese Stelle hat der Herr Patron der Kirche, welchem das Belehnungsrecht zusteht, Landesküster, Rittergutsbesitzer und Rittermeister Heinrich von Loesch auf Kammerwaldau 48 Mark, in Buchstaben: achtundvierzig Mark, angesehen, wozu noch 15 Mark, in Worten: fünfzehn Mark, jährlich als Beihilfe zur Besoldung des Küster-Stellvertreters kommen. Freie Wohnung oder Deputat wird zwar nicht gewährt, doch wird vom Herrn Patron für Reinigen der Kirche, Botengänge (niedere Küsterdienste) ein Jahresgehalt von 12 Mark, in Worten: zwölf Mark, nicht verweigert werden, auch für den Bälgetreppenposten, der mit der Stelle vereinigt werden kann, sind vom Herrn Patron jährlich 4 Mark, wörtlich: vier Mark, bewilligt worden.

Geignete Kirchenmusikalisch und liturgisch gebildete Bewerber belieben sich unter Einreichung ihrer Bezeugnisse bei dem oben genannten Herrn Patron zu melden.

Das katholische Pfarramt von Kammerwaldau.“

Verlangt wird von dem Mann nicht wenig. Wie er aber mit dem Gehalt auskommen und nebenbei noch Sänger bezahlen soll, das bleibt ein Rätsel sein, dessen Lösung dem jungerlichen Kirchenpatron überlassen werden muss.

Elf Personen ermordet. Wie aus Breslau berichtet wird, wurden nach einer Meldung von der russischen Grenze in einer Ortschaft bei Kiew zwei aus elf Personen bestehende Bauernfamilien auf bestialische Weise ermordet und dann beraubt. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Die Justiz hält eilig. Wie die „Berliner Volkszeitung“ erfährt, werden die Ermittlungen gegen die aus Anlaß der Polizeiangeklagte in Moabit Angeklagten außerordentlich beschleunigt. Es ist dies die Folge einer höheren Anordnung, damit die Akten möglichst bald der Staatsanwaltschaft zuge-

stellt werden können. Auch die gerichtliche Untersuchung soll als dringlich behandelt werden. Dem Beruhmen nach werden die ersten Hauptverhandlungen auf Ende dieses Monats angezeigt werden. Spätestens Ende November sollen sämtliche Hauptverhandlungen stattgefunden haben.

Explosion schlagender Wetter. Wie aus Essen a. M. berichtet wird, sind Donnerstag nachmittag durch eine Explosion schlagender Wetter auf der siebten Sohle der Zeche Friedrich und Ernestine bei Stoppenberg Gesteinsmassen niedergegangen und haben drei Bergleute verschlittert. Einer wurde tot zutage gefordert. Es besteht wenig Hoffnung, die anderen bergen zu können, da die Rettungsarbeiten infolge des festen Gesteins sehr schwierig sind.

Bei den Bergungsarbeiten auf der Zeche Friedrich und Ernestine in Essen a. d. Ruhr blieb ein Mann der Bergungscolonne das Leben ein; ein zweiter von den drei Bergschlitterten wurde als Leiche aufgefunden.

Infolge Familiengewissigkeiten gab der Holzer Richard Becker in Barmen auf seine 20jährige Tochter und seine Chefrau mehrere Schläge ab. Becker töte sich dann selbst durch einen Schuß. Die Tochter wurde am Halse getroffen und ist bald nachher gestorben. Die auf die Chefrau abgegebenen beiden Schläge sind fehlgegangen.

Mord und Selbstmord? Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Am Donnerstag mittags kurz nach 1 Uhr fand man den Kaufmann und Bezirksvorstand Louis Gontheim und sein Dienstmädchen Brand in der Wohnung Gontheimer Landstraße 20 erschossen vor. Man nimmt an, daß das Dienstmädchen, das schon verschiedene Male im Grenzhaus war, ihren Dienstherrn und sich selbst erschossen hat.

Bei dem gemeldeten Zusammenstoß zwischen Feuerwehr und Straßenbahn in München wurden acht Feuerwehrleute verletzt, darunter fünf schwer. Sie wurden alle unter den Trümmern des vollständig demolierten Mannschaftswagen begraben. Der Führer des Straßenbahnenwagens war trotz des Signals der Feuerwehr und der warnenden Zurufe von Passanten in voller Geschwindigkeit weitergefahren.

Bergmannslos. Das Kohlenbergwerk von Hartshorn steht in Flammen. 150 Bergleute befinden sich unter Tage.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Ch. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Frisch eingetroffen:
Feinste Meiereibutter
hochfein i. Geschmack, Pf. 1,25 Mk.,
feine Bratbutter 1,20 Mk.

Ludw. Hartwig,
Obertrave 8.
Sie erhalten Lübeck-Rabattmarken.

Holstein. Büttensäße

Holstein. Kümmelsäße

Hans Wegener,

Obere Wahlstr. 10.

Zahle für Lumpen, Knochen,
Metalle, Zelle, Zeitungen usw.
höchste Tagesspreize:
Otto Junge, Elisabethstraße 15.

Jeden Sonnabend:

Heiße Knackwurst.

Heinr. Viereck

Silzstraße 96.

Der Schweinsbacken 75

ohne Knochen per Pf. 80
Pf. weiß. Schmalz Pf. 85
Pf. Abnahme v. 4 Pf. p. Pf.

Fette u. mag. Spez. Pf. 90
Pf. Abnahme v. 4 Pf. p. Pf.

Pf. gef. Mett- und Leber-
wurst Pfund 70

Kuhfeuer Pf. 50, b. Abn. 45
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an

heiße Knackwurst.

ff. Aufschnitt pro Pf. 1 Mk.

M. Lahrtz, Börschestr. 16.

Empfehle heute
und folgende Tage
prima jung.

Fleisch sowie Wurstsorten
samt in bekannter Güte.

Robert Dose,
Rößschlachterei,
Engelsgrube 66. Dornest. 36.
Markthallenstand 1.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Unser Bureau befindet
sich von jetzt ab

im Gewerkschaftshaus,
Schanzstraße 50-52.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der

Maschinisten und Heizer.

Versammlung

Sonnabend, 8. Oktbr.,

abends 8 1/2 Uhr,

im „Gewerkschaftshaus“

Tagess. Ord. Verschiedenes.

Abrechnungen. Der Vorstand.

Achtung! Schuhmacher!

Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, 12. Oktbr.,

pünktlich 9 Uhr

Vortrag des Gen. Mehrlein

über: Gewerkschaft und Sozial-

demokratie.

Es ist Wunsch eines jeden Kollegen,

in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Zentral-Verband

Deutscher Freidenker.

Ortsgruppe Lübeck.

Versammlung den 8. Oktbr. 1910

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Der Einberuf.

Tadellose Qualität!

Wir verkaufen:
andauernd

erprobte gute
garantiert
haltbare
billige Schuhe



Spezialmarke

Original

Goodyear Welt

TURUL-SCHUHFABRIK:

ALFRED FRANKEL COM.-GES.

Verkaufsstelle:

Lübeck, Breitestr. 49.

Verkaufsstellen in allen größeren Städten.

Achtung!

Versammlung

aller an Staatsbetrieben

beschäftigten Arbeiter

Sonnabend, 8. Oktbr.

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Log. Ord. 9.

Wie stellen wir uns zu der

Antwort der Badeputation

auf unsere Anträge.

Kollegen! In dieser Versammlung

muss jeder Arbeiter, der an seinem

eigenen Wohl interessiert ist, erscheinen.

Der Einberuf.

2. Weltunterhaltungs-



Unsere neuen

Herbst-Schuhwaren

sind in der denkbar grössten Auswahl eingetroffen und geben solche zu den bekannten billigen Preisen ab:

Kinder-Ohrenschuhe warm gefüttert	65 Pfg.	Damen-Spangenschuhe in allen Lederarten	2.90 6.50 5.25 3.90
Kinder-Plüscht-Ohrenschuhe mit Ledersohle, Fleck und Lederkappe	1.00	Damen-Salon-Hausschuhe sehr leicht	3.25 5.75 5.25
Kinder-Filzschuhe mit Filz- und Ledersohle	31-35 27-30 1.50 1.35	Damen-Schnürstiefel neueste Formen m. Lackkappen	5.50 10.75 8.75 6.75
Damen-Filzschuhe mit Filz- und Ledersohle	2.25 1.60 1.35	Dam.-Schnür- u. Knopfstiefel Ia.Chev. u. Boxc., Goody.-Welt, n. mod. Pass. Einheitspr.	12.75
Damen-Filzschuhe mit Filzsohle	1.60	Herren-Zug- u. Schnürstiefel 8.75 6.75	4.50
Damen-Leder-Hausschuhe warm gefüttert, schwarz, braun u. rot	4.50 3.50 2.75	Herren-Agraffen-Stiefel pr. Chevr. u. Boxcalf, Goodyear-Welt, neueste Fassons . .	12.75
Damen-Filz-Schnallenstiefel mit Filz- und Ledersohle	3.50	Herren-Zugstiefel besonders für Militär u. Uniform zu empfehlen	10.75 14.50 13.50 12.50
Damen-Schnür- u. Knopfstiefel prima Rößleder	5.75	Herren-Hausschuhe in Leder und Kord	3.00 4.50 4.00 3.75
Kinder-, Mädchen- und Knaben-Stiefel		in bekannt grosser Auswahl u. billigen Preisen	

Grösste Auswahl
in
Ballschuhen.

Gummischuhe
in
deutschen und russischen
Fabrikaten
für
Herren, Damen,
Mädchen und Kinder.

Herren-Arbeitsschuhe
und Stiefel

Herren-Reit- und Jagd-
Stiefel

Schaft-Stiefel
in allen Preislagen

Neuheiten in
Pantoffeln
vom billigsten bis zum feinsten Genre

Kohlmarkt
Ecke
Sandstraße.

W. Blumenthal

SchwartauerAllee
Ecke
Geyerdesstraße.

Konsumentverein für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Auf vielfach geäußerten Wunsch ist unser
Zentrallager, Nebenhofstr. 12,

am Sonntag, dem 9. Oktober, nachmittags von 1½ bis 5 Uhr, zur Besichtigung für die Mitglieder geöffnet.

Wir bitten die geehrten Mitglieder, recht zahlreich zur Besichtigung zu erscheinen, um Einfahrt und Überblick in die von uns bewohnten Räume und über die dort Lagernden Waren zu gewinnen.

Der Vorstand.

Mark 100.—

Einhundert Mark Sterbefall-Unterstützung
beim Ableben meines Mannes vor dem Inhaber der
Brotfabrik „Hansa“, Herrn Johs. Junge in
Lübeck, aus Anlass ständiger Brotkundschaft erhalten
zu haben, bescheinige ich hiermit.

Lübeck, den 4. Oktober 1910.

Sophie Ziethe, geb. Hasch

Hanstdorfstrasse 40.

Hansa-Theater

Täglich abends 8½ Uhr.

Krone und Fessel.

Gr. Militär-Ausstattungsstück in
4 Akten (6 Bildern) von Walter
Howard, deutsch v. Siegf. v. Lutz.
Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten mit Datum vom
1. bis 15. Oktober haben Gültig-
keit (an der Abendkasse umzu-
tauschen).

Neues Stadttheater.

Sonntagnachmittag, 8 Uhr.
Vorverkauf, 20. Sonntagnachmittag, 4.

Der Herr Verteidiger.

Groteske von Molnar u. Halm.
Sonntag, 9. Oktober. 7 Uhr.

Einmal. Gaußspiel des Sopran-
sängers Karl Erb

vom Königl. Hoftheater in Stuttgart.

Bohengrin.

Große Oper von R. Wagner.

Mittwoch, 10. Oktober. 7½ Uhr.

Zum 1. Male! Ren!

Der Skandal.

Einspiel von Henry Barham.

Einem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich
am Sonnabend, dem 8. d. M., in meinem Hause,
Sadowastrasse 11 und 11 a, ein

Restaurant und Frühstückslokal

eröffne. Indem ich versichere, nur gute Speisen und Getränke zu
verabfolgen, bitte ich um gütigen Zuspruch und zeichne

hochachtungsvoll
Carl Kühn,
Pächter der Hansa-Halle.

Metropol-Theater

Lübeck

Breitestraße, Ecke Huxstraße.

Voraussichtlich ab Sonnabend, d. 8. Oktbr. cr.:

Momentbilder von den Unruhen in Lissabon

wie das große Programm dieser 22. Sitz.

Amtspflichtsverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt hat der Senat zunächst dem Bürgerausschuss zur Begutachtung vorgelegt: § 1. Verlebt ein Beamter des Staates in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegenden Amtspflichten, so trifft die in § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmte Verantwortlichkeit an Stelle des Beamten den Staat. Ist die Verantwortlichkeit des Beamten deshalb ausgeschlossen, weil er den Schaden im Zustande der Bewußtlosigkeit oder in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande frankhafter Störung der Gesetzstätigkeit verursacht hat, so hat gleichwohl der Staat den Schaden zu erlegen, wie wenn dem Beamten Fahrlässigkeit zur Last stände, jedoch nur insofern, als die Willigkeit die Schadloshaltung erfordert. § 2. Der Staat kann von dem Beamten Ersatz des Schadens verlangen, den er durch die in § 1, Absatz 1 bestimmte Verantwortlichkeit erleidet. Der Ersatzanspruch verzögert in drei Jahren von dem Zeitpunkte an, in welchem der Ersatzanspruch des Dritten diesem gegenüber von dem Staat anerkannt oder dem Staat gegenüber rechtskräftig festgestellt worden ist. § 3. Soweit durch Reichsgesetze oder Landesgesetze für bestimmte Fälle eine Haftung des Staates über den in jenen Gesetzen bestimmten Umfang hinaus ausgeschlossen ist, finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung. § 4. Die Vorschriften der §§ 1-3 finden auf die im Dienste der Stadtgemeinde und der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten angestellten Beamten mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Staates die Stadtgemeinde oder die öffentliche Wohltätigkeitsanstalt tritt. § 5. Für Ansprüche, die auf Grund dieses Gesetzes gegen den Staat, die Stadtgemeinde oder eine öffentliche Wohltätigkeitsanstalt oder von ihnen gegen einen Beamten erhoben werden, ist das Landgericht ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig. Dieser Entwurf lehnt sich namentlich an das preußische Muster an.

Militärrente für Dienstälteste. Der Militärdienst ist mit solchen Strapazen verbunden und es kommt nicht selten vor, daß junge Leute auf Jahre hinaus in ihrer Gesundheit vorübergehend geschädigt oder ganz invalid werden. Diese sind berechtigt, von der Militärverwaltung Rente — die sogenannte Militärrente — zu verlangen, deren Gewährung aber an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. Militärrente wird nur gewährt, wenn die Gesundheitsstörung infolge einer Dienstbeschädigung oder durch einen Unfall während der Ausübung des Militärdienstes eingerettet oder durch die dem Militärdienst eigenmächtigen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert worden ist. In jedem Fall ist es notwendig, daß der Anspruch auf Rente vor der Entlassung aus dem Militärdienst angemeldet wird. Treten erst im Laufe der Zeit die Gesundheitsstörungen hervor und sind diese als Folge einer Dienstbeschädigung zu betrachten, so kann der Anspruch auf Rente noch bis zum Ablauf von zwei Jahren nach der Entlassung angemeldet werden. Die Dienstbeschädigung selbst muß aber vor der Entlassung aus dem Militärdienst festgestellt worden sein. Die Höhe der Rente wird nach der jeweils verbliebenen Erwerbsfähigkeit geschägt und hält sich in ähnlichen Grenzen, wie die Schwächung der gewöhnlichen Unfallversicherung. Als Vollrente kommt bei Militärrenten für Feldwebel der Betrag von 900 Mk. bei Sergeanten 720 Mark, bei Unteroffizieren 600 Mk. und bei Gemeinen 540 Mark in Ansatz. Dieser Betrag wird bei völliger Invalidität gewährt und in monatlichen Raten ausgezahlt. Ist die Invalidität nur eine teilweise, so wird nur eine Teilrente, je nach Höhe der Erwerbsbeschränkung gewährt. Neben der Militärrente wird auch, wenn der Körper oder Körperteile verstimmt wurden, eine sogenannte Verstümmlungszulage gewährt. Diese beträgt bei Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren monatlich 27 Mk.; bei Verlust oder Erblindung beider Augen monatlich 54 Mk. Die Verstümmlungszulage von 27 Mk. kann weiter gewährt werden bei Störungen der Bewegungs- und Gebrauchsähigkeit einer Hand, eines Arms, Fußes oder Beines, wenn die Störung dem Verlust des betreffenden Gliedes gleich zu erachten ist und bei anderen schweren Gesundheitsstörungen, wenn der Erkrankte dauernd fremder Wartung und Pflege nicht entbehren kann. Bei schwerem Siechtum, das den Erkrankten dauernd an das Krankenlager fesselt und bei Geisteskrankheiten kann die Zulage bis 54 Mark erhöht werden. Bei allen Rentenansprüchen ist darauf zu achten, daß die Annahme möglichst sofort nach dem Eintritt der Gesundheitsstörung bestätigt wird. Die Angehörigen der aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Soldaten sollten diese, sofern sie sich eine Verletzung oder ein Leiden zugezogen haben, sofort auf diese Bestimmungen aufmerksam machen, damit diese vor der Entlassung aus dem Dienst jede Dienstbeschädigung feststellen lassen und soweit jetzt schon Rechtsansprüche auf die Militärrente bestehen, die Ansprüche vor der Entlassung geltend machen. Soldaten, die dies unterlassen, verlieren jedes Recht auf Rente.

Verlobnis und Ehe. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann aus dem Verlobnis kein rechtlicher Anspruch auf Eingehung der Ehe hergeleitet werden. Das Verlobnis ist an keine Form gebunden. Das Wechseln der Ringe oder eine Anzeige an Verwandte, Bekannte usw. ist nicht erforderlich. Als Verlobnis gilt nur das ausdrückliche Ehevorsprechen. Das Verlobnis wird aufgehoben durch gegenseitiges Einverständnis, durch Tod oder durch Rücktritt eines der Verlobten. Tritt ein Verlobter von dem Ehevorsprechen zurück, so hat er dem anderen Teile und dessen Eltern sowie dritten Personen, die an Stelle der Eltern mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Ehe Aufwendungen gemacht, diese oder vielmehr den erwachsenen Schaden zu ersetzen. Dem anderen Verlobten hat der zurücktretende Teil ebenfalls den Schaden zu ersetzen, den dieser erleidet, indem er in Erwartung der Ehe sein Vermögen oder seine Erwerbsstellung beruhende Maßnahmen getroffen hat. Der Schaden ist jedoch nur insoweit zu ersetzen, als die Aufwendungen bei Eingehung der Verbindlichkeiten und die sonstigen Maßnahmen den Umständen nach angemessen waren. Würde z. B. die Braut in Erwartung der Ehe ihre Stellung aufgeben, so ist auch der hieraus sich ergebende Nachteil zu ersetzen.

Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn ein „wichtiger Grund“ für den Rücktritt vorliegt. Was ist nun als ein wichtiger Grund für den Rücktritt vom Verlobnis anzusehen? Langwierige versteckte Krankheiten, Mängel im Charakter, Verlegung der Verlobtenstreue. Dagegen gilt nicht als ein wichtiger Grund, wenn die Eltern nachweislich nur aus Geldgründen die Zustimmung zurückziehen. Beranlagt ein Verlobter den Rücktritt des anderen durch ein Verhältnis, das einen wichtigen Grund für den Rücktritt bildet, so ist er ebenfalls zum Schadensersatz verpflichtet.

Hat eine unbescholtene Verlobte ihrem Verlobten die Wohnung gestattet, so kann sie, wenn der Verlobte zurücktritt oder der Rücktritt der Braut verschuldet, nach dem Gesetz auch wegen des zweiten Schadens eine angemessene Entschädigung beanspruchen. Ansprüche können hier schon gestellt werden, wenn auch keine Schwangerschaft vorliegt.

Die zu zahlende Entschädigung richtet sich nach der gesellschaftlichen Stellung, dem Vermögen und den Einkünften der Parteien. Erforderlich ist durchaus nicht, daß die Braut Jungfrau war, auch eine Witwe oder geschiedene Frau kann in solchen Fällen Entschädigung beanspruchen. Berechtigt sei noch, daß jeder frühere außereheliche Geschlechtsverkehr die Braut als „beischolten“ stempelt.

Wer den Rücktritt des anderen Teiles verschuldet, muß auch außerdem die erhaltenen Geschenke, zu welchen auch der Verlobungsring gehört, zurückgeben, er hat aber keinen Anspruch auf Zurückgabe der von ihm gemachten Geschenke. Ansprüche auf Grund dieser Bestimmungen verfahren in zwei Jahren von der Aufhebung des Verlobnisses an.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß eine Frau ohne besondere behördliche Erlaubnis nicht vor Vollsiedlung des sechzehnten Lebensjahres ehelichen darf.

Schrankende Gesundheit. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet starben in der Woche vom 18. bis 24. Sept. von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in Aachen 10,3, Altona 18,7, Augsburg 13,0, Barmen 9,8, Berlin 12,4, Bielefeld 10,4, Bochum 11,7, Bonn 15,9, Bremen 10,8, Breslau 14,1, Charlottenburg 9,8, Chemnitz 18,1, Danzig 18,1, Darmstadt 10,6, Dortmund 19,8, Dresden 18,1, Deutz-Wilmersdorf 6,1, Duisburg 11,9, Düsseldorf 9,4, Elberfeld —, Erfurt 6,1, Essen 11,3, Frankfurt a. M. 9,9, Freiburg i. B. 15,1, Flensburg —, Frankfurt a. O. —, Fürth —, Gera —, Gladbach —, Gleiwitz —, Gelsenkirchen 8,8, Görlitz 16,0, Hagen 10,7, Hasle a. S. 17,7, Hamburg 18,1, Hamburg 12,2, Harburg —, Hannover 10,2, Heidelberg —, Karlsruhe 12,7, Kassel 9,0, Kiel 9,8, Köln 14,1, Königsberg i. Pr. 17,9, Kaiserslautern —, Königshütte 15,6, Krefeld 12,5, Koblenz —, Leipzig 11,0, Linden 10,8, Lübeck —, Lüneburg 9,3, Ludwigshafen 13,4, Magdeburg 11,9, Mainz 10,9, Mannheim —, Mönchengladbach 12,2, Mühlhausen i. Th. 9,8, Mühlheim a. d. R. 11,4, München 15,0, Münster 11,8, Nürnberg 12,6, Offenbach 7,7, Plauen i. B. 15,4, Rosen 19,8, Remscheid 10,4, Rigdorf 8,5, Saarbrücken 11,2, Schöneberg 9,7, Spandau 12,2, Stettin 14,9, Straßburg i. F. 12,8, Stuttgart 10,4, Wiesbaden 11,8, Würzburg 12,9, Baden-Baden 21,6, Bremen 15,1.

Handelsregister. Am 5. Oktober 1910 ist eingetragen bei der Firma: Biellei & Co. in Lübeck. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck. Das Stammkapital ist auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 30. August 1910 um 11200 Mk. erhöht und beträgt jetzt 31500 Mk. Am 30. August 1910 ist ein neuer Gesellschaftsvertrag festgestellt. Je zwei Geschäftsführer und ein Prokurist vertreten die Gesellschaft.

pb. Graber Ursprung. In der Nacht vom 4. zum 5. des Monats gegen 3½ morgens sind in dem an der kleinen Burgstraße belegenen Stechenhause drei Fensterscheiben von anscheinend unfugtreibenden Personen eingeworfen bzw. eingeschlagen. In dem im Hochparterre gelegenen Zimmer wurde ein zum Verbergen benützter Gegenstand gefunden, der anscheinend ein Fuß von einer provisorischen, dunkelbraun gestrichenen, von den Tätern mutwillig zerbrochenen Gartenbank ist. Von den Tätern sind zwei Männer im Alter von 20-25 Jahren gesehen worden. Der eine trug braunes Jackett, dunkle Hosen, Schirmmütze und war etwa 1,70 Meter groß. Der zweite trug einen dunklen Anzug, steifen Hut und war etwa 1,75 Meter groß. Es werden alle Personen, die Angaben zu machen vermögen, zur Ermittlung der Täter führen können; ersucht sich im Bureau der Kriminal-Polizei, Schüsselbuden 16, 1. Et., zu melden.

pb. Diebstahl. Einem zugereisten Fremden wurde in einer kleinen Herberge seine Briefstafte, enthaltend 12 Mk. in zwei 5-Mk.-Stücken und einem 2-Mk.-Stück, 1 Schulnotizzettelzeugnis, 1 Fortbildungsschulzeugnis, 1 Abgangszeugnis ausgestellt in Straßburg, 1 Brief, 1 Krankenfassenbuch, 1 Anmeldeschein und 1 Photographie gestohlen. Sämtliche Papiere laufen auf den Namen „Arthur Heinrich“. — In der Nacht vom 4. 5. d. M. wurden in Parkendorf gestohlen: 1 alte goldene Damen-Remontoiruhr mit kurzer goldenen schwerer Kette, im Gesamtvalue von 150 Mk., 1 neuer grauer Jackettanzug mit hellen Streifen, ein abgetragenes, graues Jackett und eine ebensole Weste, eine graue Mütze mit schwarzen Belluloidschirm, ein Portemonnaie mit 4 Mk. und 2 Guineas mit je 6 Stück silbernen Teelöffeln. Als Täter kommen zwei junge Leute im Alter von etwa 20 Jahren in Frage. Der eine der Täter hat mit Nageln beschlagene Fußbekleidung getragen. — Aus einem Hause der Beckergrube ist am Montag, den 8. d. M. zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags ein langer grauer Damen-Gummiregenmantel abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns! Morgen Sonnabend kommt ausnahmsweise abends 8 Uhr die Groteske „Der Herr Bertelidiger“ von Molnar und Halm, welche mit so großem Beifall aufgenommen wurde, zur Wiederholung. — Am Sonntag, abends 7 Uhr, wird unser vorjähriger beliebter Helden tenor Carl Gräb ein einmaliges Gastspiel als „Lohengrin“ in Richard Wagners gleichnamiger Oper absolvieren. — Für Montag bestandet sich die sensationelle Schauspiel-Komödie „Der Skandal“ von Henry Vataills in Vorbereitung.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Am Sonntag abends 7 Uhr findet eine große Doppelvorstellung statt, und zwar gelangt das Lustspiel „Der dunkle Punkt“ von Kadelburg u. Prescher und hierauf der Schwank „Die Erbant“ von Ernst Albert zur nochmaligen Aufführung.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn der selbe in Lübeck geboren ist.)
- 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
- 3) Militär-Papier.
- 4) Anmeldechein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.)
- 5) Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern):
- 6) Gewerbe-Anmeldungsschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind:

a) außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.

8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem heutigen Standesamt die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller aus dem Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hierige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf Jahren

folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens soviel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktag in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbüro ist eine Beschleunigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt werden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeiterssekretariat, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteilt.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariates findet morgen Sonnabend, den 8. Okt. abends von 5 bis 7 Uhr im Lokale des Herrn Freese, „Gärtner zur Linde“, statt.

Hamburg. Die Hamburger Bürgerenschaft und die Fleischnot. Schon zur vorigen Sitzung der Bürgerschaft waren von verschiedenen Fraktionen, auch von der sozialdemokratischen, Anträge wegen der Fleischnot gestellt worden, die von den üblichen Vorschlägen, der Senat möge im Bundesrat dahin wirken, daß alle wirksamen Mittel zur Verbilligung des Fleisches zur Anwendung kommen, weitergingen bis zur sozialdemokratischen Forderung sofortige Öffnung der Grenzen und Aufhebung der Lebensmittelzölle. Nun war aber plötzlich eine Denkschrift eingegangen, überreicht vom Präsidenten des Senats und verfaßt vom Schlachthofdirektor Dr. Meermann. Diese Schrift gruppirt eine Menge Bisschen mit bewußter Statistikergeschicklichkeit ausgestatteter Agrarier so, daß gesagt werden mußte, eine Fleischnot existiere nicht, sondern im Gegenteil, Bissch im Überschuss werde auf den Markt gebracht. Um Gelegenheit zum Studium der Denkschrift zu geben, wurde die Beratung auf den 5. Oktober verschoben. Da trat nun das Mitglied der Bürgerschaft, Schumacher, Obermeister der Schlachterinnung, auf und verprüfte die Denkschrift, daß als eine hoffnungslose Entstellung der Tatsachen. Weiter bedauerte er, daß die Reichsregierung an dem „Humbug der Überfullimpfung“ festhalte. Von liberaler Seite wurde für die „milderen“ Vorschläge plädiert; eine „schrankenlose“ Öffnung der Grenzen sei nicht angängig für die Sozialdemokraten sprach. Genoss Schumacher in harfer und klarer Weise: Nach längerer Debatte wurde ein kombinierter Antrag der beiden rechtsstehenden Fraktionen angenommen, der Mittel zur Verbilligung des Fleisches und Fallenlassen der Überfullimpfung und der Quarantäneverlangt. —

Vom Hamburger Cafekeller ist die Zahl der Streikenden hat schon wieder zugenommen, sie beträgt über 400. Dem Streikbüro gehen aus allen Teilen Deutschlands und des Auslandes Sympathiekundgebungen und Gelder zu. Die Stimmung der Streikenden ist eine vorzügliche. Die Cafetiers haben nun von ihren neu-eintretenden Leuten einen neuen Verein gründen lassen, der aber von den Hamburger Gehilfen energisch abgelehnt wird. In einer am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Gehilfenvereine wurde den streikenden Kollegen energetische moralische und materielle Unterstützung zugesagt und erklärt schlämatische Vereine mit ihnen solidarisch. Die bestreiten Cafes sind ancheinend mit Personal verlaufen, doch ist offensichtlich allenfalls das Fehlen geschulter Leute bemerkbar, denn die Eingestellten retrudieren sich aus allen möglichen Elementen. Bislang sind sie gegen mancherlei Vergehen aus den Gehilfenvereinen ausgeschlossen; es befinden sich aber auch manche darunter, die sonst nicht zu arbeiten pflegen, aber ab und zu den Nachweis führen müssen, daß sie irgend einem Berufe nachgehen. Weil sie mit diesen Leuten auf die Dauer nicht auskommen können, sind denn auch schon manche Cafes an die Streitleitung herangetreten, um eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu ermöglichen. Dies ist sehr wohl möglich, wenn die Cafetiers den Gehilfen nur die Möglichkeit bieten wollen, auch in Zukunft durch ihren eigenen, kostlosen oder später durch den zu errichtenden staatlich-patriotischen Arbeitsnachweis Stellung zu erlangen. Es sei ausdrücklich betont, daß die Gehilfen nicht die geringsten Lohnforderungen stellten oder zu stellen beabsichtigten; die Erfüllung ihrer Forderung den Cafetiers alle nicht einen Pfennig kosten würde.

Glückstadt. Durch eine Feuerstunde wurde gestern das in weiten Kreisen bekannte hübsch gelegene Garten-Etablissement „Tivoli“ vernichtet. Außer der hiesigen Feuerwehr waren die Wehren der Umgegend zur Hilfeleistung herbeigezellt, und es gelang den vereinten Anstrengungen, das gesamte Inventar ist gerettet. Die Gebäude selbst sind jedoch vernichtet; was von ihnen nicht durch die Feuer verzehrt wurde, hat durch Rauch und Wasser derart gelitten, daß es nahezu verloren geworden ist. Das Feuer ist um etwa 6 Uhr früh überhalb der Gaststube entstanden, doch vermag man sich die Ursache nicht zu erklären, zumal alle Bewohner noch schliefen.

Emden. Messerstecherei. In Emden fand zwischen heimlichen und auswärtigen Arbeitern eine wilde Schlägerei und Messerstecherei statt. Dabei wurden drei Arbeiter schwer verletzt. Der eine starb bereits kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus zu Wittmund; die beiden anderen durften auch kaum mit dem Leben davonskommen.

Handels- und Markttäglichkeiten.

Hamburger Steruschau-Biehmarkt vom 6. Oktbr. Auftritt 1519 Schweine. Markt ziemlich regi. überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tiere und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tiere. Beste Schmiede reine Schweine, über 260 Pfnd. Tiere 20 Proz. 66,00 bis 67,50 (52,00 bis 54,00 Mk.) Mittelschwere Tiere, von 240-260 Pfnd. Tiere 20 Proz. 65,50 bis 66, — (52, — bis 53, —) Mk. Mittelware, von 200-240 Pfnd. Tiere 22 Proz. 66, — bis 67, — (51,50 bis 52,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfnd. Tiere 22 Proz. 66,00 bis 67,00 (51,50 bis 52,50 Mk.) Geringere Ware, Tiere 24 Proz. 60,00 bis 65,00 (45,50 bis 49,50) Mk. Gauen 1. Qualität Tiere 20 Proz. 60,00 bis 62,00 (48,00 bis 49,00) Mk. Gauen 2. Qualität Tiere 22 Proz. 54,00 bis 59,00 (42,00 bis 46,00) Mk.

Güting.

Für den Breifonds gingen ein:
vom Dampfer „Baltique“ 1,60 Mk.
Fischbr. Meyer u. Co.

Berantwortlich für die Auftrit. Güting und Nachbargebiete und die mit P. L. gekennzeichneten Werke: Paul Löwiger für den gesamten Inhalt „Gaußesches“ Druck- und Verlagsges. Betreiber: Th. Schröder. Druck- und Verlagsges. Gaußesches in Güting.

Holstenhaus

G. m. b. H.

Lübeck
Holstenstrasse Nr. 25/33.

Enorm Preiswertes in Haushalts-Artikel und Lebensmittel!

Speise-Service	Steingut, 28teilig . . .	6 ⁹⁵	5 ⁹⁵	3 ⁹⁵
Speise-Service	Porzellan, 28teilig . . .	18 ⁶⁵	16 ⁵⁰	12 ⁶⁵
Kaffee-Service	Porzellan, für 6 Personen	3 ⁹⁵	2 ⁹⁵	2 ²⁵
Tonnen-Garnituren	22teilig . . .	12 ⁵⁰	8 ⁶⁵	5 ⁹⁵

Service-Kaffeekannen . . .	65 ⁴⁸
Milchköpfe, 6 Stück im Satz	1.05
Essig u. Oelflaschen Stück	10 ⁴⁸
Butterglöckchen	12 ⁴⁸
Käseglocken	45 ⁴⁸
Wassergläser	Stück 6 ⁴⁸
Bierbecher	1/4 l geeicht 8 ⁴⁸
Bierbecher m. Grace-Must.	18 ⁴⁸
Groggläser	9 ⁴⁸
Moselgläser, Römer	18 ⁴⁸
Teebecher, guillochiert mit Goldrand	18 ⁴⁸
Wasserflaschen mit Glas	28 ⁴⁸

Lampen-Zylinder	Stern 6 " " 8 " 10 . . .	3 ⁴⁸
Zylinder 14 "	5 ⁴⁸	
Glas-Zylinder	9 ⁴⁸	
Glühstrümpfe	24 ⁴⁸	
Strümpfe für Hängegas	42 ⁴⁸	

Küchenlampen Stern	22 ⁴⁸	Tischlampen 10 " . . .	2 ¹⁵ 16 ⁵
Küchenlampen Flach	45 ⁴⁸	Tischlampen 14 " . . .	4 ²⁵ 2 ⁹⁵
Küchenlampen 8 "	48 ⁴⁸	Hängelampen bronziert . . .	3 ⁹⁵
Küchenlampen 10 "	68 ⁴⁸	Hängelampen Majolika . . .	6 ⁹⁵
Küchenlampen 14 "	98 ⁴⁸	Hängelampen Messingbassett	8 ⁹⁵

Waschständer u. -Tische 3²⁵ 1¹⁵ 85⁴⁸
Waschgarnituren 5teilig 2⁸⁵ 4teilig 1²⁵

Harlemer Blumen-Zwiebeln

große freiflämige Exemplare	
Hyazinthen, einfach	Stück 12 ⁴⁸
Tulpen	Stück 4 ⁴⁸
Schneeglöckchen	Stück 3 ⁴⁸
Hyazinthengläser	Stück 12 ⁴⁸

Kanarische Bananen	gelb	10 Stück	46 ⁴⁸
Neue Zittauer Zwiebeln	10 Pfund	48 ⁴⁸
Lissaboner Goldtrauben	Pfund	40 ⁴⁸
Pa. Palermo Zitronen	Dutzend	55 ⁴⁸

GROSSE POSTEN		
Speiseteller	blau Rand, flach, Stück	9 ⁴⁸
Speiseteller	Porzellan füll und flach, engl. Form . . .	14 ⁴⁸
Goldrand-Tassen	Porzell., mit und ohne Aufschr., Paar	16 ⁴⁸
Obertassen	grosse Form Stück	6 ⁴⁸
Untertassen	3 Stück	10 ⁴⁸
Vorratstonnen	groß. Stück	12 ⁴⁸
Gewürztonnen	Stück	4 ⁴⁸

GROSSE POSTEN		
Landschinken	etwas stark geräuchert . . .	Pfd. 90 ⁴⁸
Zervelatwurst	weich . Pfd.	78 ⁴⁸
Geräuch. Mettwurst	grobe	Pfd. 78 ⁴⁸
Schinkenspeck	Prima Braunschw. mager	Pfd. 110 M.
Tilsiter Fettkäse	. Pfd.	68 ⁴⁸
Pa. Schweizerkäse	Pfd.	78 ⁴⁸
Bienenhonig	Prima holstein. Schleuderhonig	Pfd. 95 ⁴⁸

Chat. le Bec reiner Bordeaux Fl.	105
Bas Medoc	Flasche 150
Chat. Beausite	Flasche 185
Chat. Lafour de Besan	225
Chat. Lafour Figeac . . .	275
Zucker	gemahlen und Kristall
Zucker	in Broden und Würfeln

Kronen-Hummer	Dose 135 M.
Langusten	Dose 110 M.
Majonaise	Glas 65 ⁴⁸
Kapern	Glas 9 ⁴⁸
Kondensierte Milch	Dose 45 M.
Zucker	Plund 25 ⁴⁸
Zucker	in Broden und Würfeln Pfund 28 ⁴⁸

Braunschweiger Gemüse-Konserven

prima Qualität, Ernte 1910	
Stangensp., extra stark	2 Pfd. 1.90
Brechspargel, prima	2 Pfd. 1.02
Suppenspargel	2 Pfd. 62 ⁴⁸
Schnitt- u. Brechbohnen . . .	2 Pfd. 29 ⁴⁸ 4 Pfd. 57 ⁴⁸
Jg. Erbsen, extra fein	2 Pfd. 95 ⁴⁸
Jg. Erbsen, fein	2 Pfd. 55 ⁴⁸
Gemüse-Erbsen	2 Pfd. 38 ⁴⁸

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und recht bei
Otto Albers Kühnart
4. Tompl. Bettfer d. 12.50 Mf. an.
Zehner per Pfd. n. 45 Mf. d. 49 Mf.
Rote Lippes-Marken.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe 933 u. 585 gest.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen, Uhrm.
Königstr. 62, b. d. Fürst.
Geb. rote Rabattmarken
E. Boy, Königstr. 61, S. 1811
Markthälfte 46.
Sonntags frisch eintreffend:
Schellfische, Dorsch, Kabeljau, Rot-
zungen, Seelachs.

Achtung!
30 Markthallen-Stand 30.
Empfehlung für Sonnabend, den
8. Oktober: Prima Daceen, Kalb-,
Hammel- und Schweinefleisch, so-
wie sämtliche Wurstsorten zu den
billigsten Tagespreisen.
Otto Hein
Schwabauer Allee 162 und
Markthallenstand 30.

Ausverkauf
Die besten Schuhwaren
10 bis 30 Prozent Rabatt
wegen Geschäftsaufgabe.
Dreckske, Breitestraße 21.

Ein Bogen

Steingutwaren

enorm billig.

8 Pf.	Salz-Schüssel, 6 Gradi, 8 teilig	1.—
8, 7 und 6 :	Salatieren 50, 40, 35, 18, 10, 5 Pf.	78
50, 45, 38 :	Terrinen ohne Deckel, groß	
15 :	Salat-Sortimenten 3,— 2,50, 1,50 Mf.	
10 :	Wurstgarnituren 2,65, 2,25, 1,75, 1,35	

Stecklampen

90, 75, 60, 48, 38 Mf.

250, 220, 200, 165 Mf.

165, 145, 125 Mf.

100, 85, 70, 55 Mf.

55, 45, 35, 25 Mf.

25, 20, 15, 10 Mf.

10, 8, 6, 4 Mf.

250, 220, 200, 165 Mf.

165, 145, 125 Mf.

100, 85, 70, 55 Mf.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 235.

Freitag, den 7. Oktober 1910.

17. Jahrg.

17. Französischer Gewerkschaftskongress.

Montag vormittag um 9^{1/2} Uhr wurde in Toulouse im Saal des Jacobins der 17. Kongress der französischen Gewerkschaften bei außerordentlich starker Beteiligung eröffnet. Außer den bekannten französischen Gewerkschaftsführern, die fast vollständig erschienen sind, nehmen als ausländische Gäste die Genossen Sassenbach von der deutschen Generalkommision und Appelton und Gil von der englischen General Federation of Trades Union an dem Kongress teil.

Die Verhandlungen wurden mit einer musikalischen Ouverture, die in der Internationale ausklang, eröffnet. Im Namen der Gewerkschaften von Toulouse begrüßte Marcellin Rollan die Delegierten. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Kongress würdig verlaufen möge, daß trotz der auseinanderlaufenden Meinungen die Differenzen in sachlicher Weise ausgetragen würden. Mit einem historischen Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung Frankreichs, die sich aus kleinen Anfängen zu der Stärke entwickelt habe, dessen bedrohter Ausdruck der Kongress ist, schloß Redner seine Ansprachen. Das Wort erhielt hieraus Genosse Sassenbach-Berlin, der in französischer Sprache folgendes ausführte:

Die deutschen Arbeiter haben stets das Bestreben gehabt, mit den Arbeitern der anderen Nationen in freundschaftliche Beziehungen zu treten, da sie wissen, daß die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt dieselben sind. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter jenseits der Landesgrenze ihnen näher stehen, als die Unternehmer im eigenen Lande. Die deutschen Arbeiter haben auch nie versäumt, ihren internationalen Gefühlen durch Wort und Tat Ausdruck zu geben.

Wenn die Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands mich beauftragt hat, an diesem Kongress teilzunehmen, so geschah es auch deshalb, um die Zusammengehörigkeit der Arbeiter Frankreichs und Deutschlands öffentlich zu betonen, um zu zeigen, daß gemeinsame Interessen die französischen und deutschen Arbeiter verbinden.

Wir hoffen ferner, daß ein persönliches Nähertreten dazu beitragen wird, sich gegenseitig besser zu verstehen. In den letzten Jahren haben sich gewisse Gegensätze zwischen der französischen und der deutschen Gewerkschaftsbewegung gezeigt, die vor allem dadurch entstanden, daß man sich zu wenig kannte und die verschiedenartige Charakteranlage der beiden Nationen nicht mit in Betracht zog. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß man seit dem vorigen Jahre stofflichen internationalen Kongreß in Paris in einer tüchtigen Weise zusammengearbeitet hat. Offenbar wird dieses gute Verhältnis anhalten und sich zu einem recht innigen gestalten. Die deutschen Arbeiter werden jederzeit bereit sein, in diesem Sinne zu wirken.

Wir werden uns freuen, wenn uns einmal Gelegenheit gegeben würde, eine Vertretung der französischen Arbeiter in Deutschland zu begrüßen. Sie können überzeugt sein, daß ihr der herzlichste Empfang zuteil werden wird, und daß wir vor allem bestrebt sein würden, sie mit unseren gewerkschaftlichen Verhältnissen vertraut zu machen. Dann werden auch die französischen Arbeiter einsehen, daß ihre deutschen Kameraden ernst und eifrig bemüht sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern und daß sie auch nicht eisflos gearbeitet haben.

Wenn die freien Gewerkschaften in Deutschland fast zwei Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen unter ihren Fahnen vereinigt haben, so muß Ihnen dieses schon sagen, daß sie in richtiger Weise die Interessen ihrer Mitglieder vertreten und in den Jahren ihrer Tätigkeit ein großes Stück praktischer Arbeit geleistet haben. Und wenn die deutschen Arbeiter hohe Beiträge zahlen, und wenn ihre Organisationen große Vermögen sammeln, so ist dieses auch aus keinem anderen Grunde geschehen, als nur den Kampf gegen die Unternehmer zum Vorteil der Arbeiter führen zu können.

Sie haben vielfach eine andere gewerkschaftliche Taktik als wir in Deutschland und in anderen Ländern. Das soll

uns aber nicht hindern, in brüderlicher Weise zusammen zu arbeiten und gemeinsam dem hohen Ziele zu streben, die Lage der Arbeiter zu verbessern und zu einer menschenwürdigen zu machen. Deshalb wünsche ich auch im Namen der deutschen Gewerkschaften Ihrem Kongresse den besten Erfolg. (Sturmischer Beifall).

Appleton-London, der hierauf das Wort erhält, bedauert, nicht in französischer Sprache die Gefühle der Solidarität und Brüderlichkeit der englischen Arbeiter dem französischen Proletariat ausdrücken zu können. Die englische General Federation of Trades Union habe bei Empfang der Einladung zu diesem Kongress sich gefreut, daß die Konföderation, trotz der Verschiedenheit der Meinungen und Sprache, sie nicht vergessen habe. Je mehr sich die Arbeiter aller Länder kennen werden, desto leichter werden sie sich verstehen, im Interesse des gemeinsamen Ziels. Wir wünschen Ihnen den besten Erfolg. (Lebhaftes Beifall).

Nach einer kurzen Debatte wird hierauf die Zulassung der Presse beschlossen. Mit der Wahl einer Mandats- und einer Kontrollkommission schließt die Gründungsversammlung.

In der Nachmittagsitzung präsidiert Passerine, Elektrizitätsarbeiter. Die Mandatserprüfungskommission ist mit ihren Arbeiten noch nicht zu Ende. Da jedes konföderierte Syndikat das Recht der Vertretung auf dem Gewerkschaftskongress hat und 3012 Syndikate der Konföderation angegeschlossen sind, ungerichtet die 147 gleichfalls vertretungsberechtigten Arbeitsbörsen (Gewerkschaftskartelle), ist die Mandatserprüfung sehr langwierig. Da es üblich ist, vor Erledigung der Mandatserprüfung die eigentlichen Verhandlungen nicht zu beginnen, fällt der erste Tag als Verhandlungstag fast völlig aus. In der nur kurzen Nachmittagsitzung wurden in der Hauptsache Sympathieresolutionen und Depeschen verlesen. Zu erwähnen sind: Eine Resolution, die sich gegen die Mitarbeit von Gewerkschaftlern an bürgerlichen Blättern wendet. Eine Sympathiedepesche an den Soldaten Roussel, der zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er den Mut hatte, die Totprügelung eines Soldaten durch Vorgesetzte zu melden. Eine dritte Resolution protestiert gegen die Maßregelung des Eisenbahners Renault wegen Veröffentlichung einer Broschüre über den Generalstreik der Eisenbahner.

Ein lebhafter Zwischenfall spielte sich bei der Verlesung einer Glückwunschausrede ab, die von der radikalen Parteiorganisation von Toulouse an den Kongress gerichtet wurde. Die Delegierten protestierten energisch gegen die Verlesung. Auf Anfrage des Präsidenten beschließt der Kongress, die Resolution nicht zur Verlesung zu bringen. Bemerkenswert ist, daß dieselbe radikale Parteiorganisation Eigentümerin des Saales ist, in dem der Kongress tagt. Um 4^{1/2} Uhr verlägt sich der Kongress.

Aus der Partei.

Einen gesetzestundigen Amtsvorsteher besitzt der Ort Seifersdorf im Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Hoyna. Auf das Gesuch um Genehmigung einer Versammlung in Dahme schreibt dieser Herr:

Seifersdorf, den 28. September 1910.

Die "Volksversammlung" (sozialistische Versammlung), welche Sie am 9. Oktober 1910, nachmittags 3 Uhr, in Dahme unter freiem Himmel auf dem Grundstück der Ehefrau Martha Käbisch abhalten wollen, genehmige ich polizeilich nicht.

In diesem Falle ist meiner Meinung nach und tatsächlich eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten, denn die reichliche Hälfte der Bewohner von Dahme ist katholisch und eine den Bestrebungen und Zielen der Sozialdemokratie abgeneigte ländliche Bevölkerung.

Dies ergibt sich auch daraus, daß mir von Bewohnern aus Dahme von der Versammlung erzählt wurde, ehe Sie um die Genehmigung einkamen.

nennen Körpers, die selbst in diesem Augenblick noch eifrig beschäftigt waren, ihn bei lebendigem Leibe zu verzehren. Er strecke auch abwehrend die Hand aus, aber der Doktor ließ nicht nach.

"Bitte, lieber Regierungsrat, Sie müssen sich selber mit eigenen Augen überzeugen, daß meine Vermutung, daß der Verdacht, den ich geäußert habe, nur zu begründet gewesen. Sie stecken voll bis an die Haarspitzen und es ist die höchste Zeit, daß wir eine ernste Maßregel dagegen ergriffen."

"Und glauben Sie wirklich, daß da noch Hilfe möglich ist, Doktor?"

"Bäh, möglich? Ich habe Ihnen nicht umsonst eine Wette angeboten. Wollen Sie meinem Rat folgen — aber sehen Sie sich nur erst einmal selber die Seele an — so stelle ich Sie in vier Wochen so vollständig her, daß Sie so gesund wie ein Fisch im Wasser — und auch ebenso frei von Trichinen sind — bitte, überzeugen Sie sich nur erst einmal."

Der Geheime Regierungsrat folgte mit einem schweren Seufzer der Aufforderung und da waren sie richtig — nicht mehr geheim, sondern klar und offen in ihrer natürlichen Scheußlichkeit spiralförmig gewunden und zusammengerollt. Ein solches kleines Ungetüm hatte sich sogar in seiner ganzen Länge ausgestreckt.

"Es ist entsetzlich!" stöhnte der Unglückliche, "und die sind von mir?"

Auf frischer Tat ertappt, ja, schmunzelte der Doktor, denn er fühlte sich jetzt seines Opfers sicher und nun hören Sie aufmerksam zu und weichen Sie keinen Finger breit von meinen Befehlen ab, oder Sie sind in vier Wochen, anstatt gesund und kräftig ein neues Leben zu beginnen, ein rettungslos verlorener Mann."

"Und was soll ich um Gottes willen tun? Ich will Ihnen ja so gern folgen, wenn ich nur —

"Sie reisen morgen früh —"

"In ein Bad?"

"Nein, das hilft Ihnen gar nichts — in den Thüringer Wald müssen Sie oder in irgend einen anderen, denn auf die besondere Gegend kommt nichts an — der Thüringer Wald ist der nächste und auch sonst vorzüglich geeignet. Dort stehen oben in den Bergen eine Menge Bischäuser, die aber nicht alle benutzt werden — ich bin dort bekannt; ich werde Ihnen einen Brief an den Dorfschreiber mitgeben. Unten im Tal

im heutigen Amtsbezirk ist ferner erst am 18. September er eine Ihrer Versammlungen gewesen und könnten die Sozialisten von Dahme daran teilnehmen.

Umibrigen haben Sie nicht einmal Ihren Beruf angegeben, meines Wissens gibt es auch dort keine Ehefrau Martha Käbisch und will eine Partei diese Versammlung abhalten, die in Magdeburg auf dem Partietage Fürstenhah, Massenstreit und Revolution gepredigt hat.

Sollten Sie die unverheilte Martha Käbisch kennen, so hat diese gar kein Recht einen Platz herzugeben, denn das Gut gehört den Geschwistern Käbisch gemeinsam!

Der Amtsvorsteher Walter. Noch schöner ist ein anderer Bescheid dieses Herrn, der allerdings viel einfacher und gemütlicher gehalten ist. Am 18. September d. J. wollten die Genossen in Seifersdorf eine Versammlung abhalten, und darauf erging folgender Uta:

Herr Rudolf Böhner, Liegniz. Ich kann Ihnen die Versammlung in Seifersdorf bei Schmidt für nächster Sonntag oder sonst einen Sonntag im September nicht genehmigen, da der Gendarmerie-Wachtmeister Hochzeit hat usw. Später können Sie die Versammlung abhalten, im Oktober usw.

Der Amtsvorsteher Walter. Auf die Hochzeit des Gendarmerie-Wachtmeisters hätten unsere Genossen am Ende noch Rücksicht genommen, sie sind ja keine Unmenschen, aber auf das "und so weiter" in der neuen Häuslichkeit — das ging zu weit. Wer kann wissen, ob das "und so weiter" nach der Hochzeit nicht doch noch den ganzen Monat Oktober hindurch andauert, und inzwischen hatten dann die Versammlungen unter freiem Himmel ihr natürliches Ende. Genosse Böhner rüstete also eine Expedition zu dem rücksichtsvollen Wachtmeister aus und nahm bei ihm von wegen der Hochzeit des Wachtmeisters Rücksprache.

Er sah ihm auseinander, daß davon doch eigentlich im neuen Reichsvereinsgesetz nichts steht und fragte, wie es mit der Behinderung des Gendarmerie-Stände, wenn etwa am 18. September ein Raubmord oder ein Bürgerüberfall sich ereignete. Auch meinte unser Genosse, daß diese Unterbrechung der Amtstätigkeit eine etwas einseitige wäre. Er hätte zum Beispiel noch nie davon gehört, daß ein sozialdemokratischer Redakteur einen Monat lang nicht projektiert und eingestellt werden könnte, weil der Staatsanwalt Hochzeit hat und so weiter". Das leuchtete Herrn Walter schließlich ein und er genehmigte die Versammlung. Hoffen wir, daß es mit dem Fürstenhah und der Revolution ebenso gelingt, ihn eines Besseren zu belehren.

Spaltung in der tschechischen Sozialdemokratie in Aussicht. Das rücksichtlose Vorgehen der tschechischen Partei gegen die der Internationalität treuebliebenen Genossen führt natürlich zur Gegenwehr. Die Vertreter der aus der Partei ausgeschlossenen zentralistischen Vereine veröffentlichten im Brünnner "Proletar" einen Aufruf, der die Ansiedlung gegen den Besitz des internationalen Kongresses verurteilt. Die Organisationen haben beschlossen, ein vorbereitendes Exekutivkomitee zu wählen.

Soziales.

Triplex Spiel mit Arbeitervieh. Der Schreinermester Reinhard Bauer von Schärding betreibt seit dem Jahre 1901 in München an der Gmünderstraße eine Schreinerei und fertigt als Spezialist Gartenmöbel. Die Maschinen werden mit elektrischer Kraft betrieben. Bauer hat u. a. eine mit einer Kreissäge kombinierte Hobelmashine. Diese Mashine verwendete Bauer am 11. Mai 1910 als Holzsägemashine in der Weise, daß er auf der für die Anbringung eines Kreissägeblattes eingerichteten Verlängerung der Welle eine Schleifscheibe anbrachte. Da diese Scheibe dicker als das sonst auf die Welle gesetzte Kreissägeblatt war, blieb für die Anbringung der losen Klemmscheibe kein Raum mehr, weshalb Bauer die Schleifscheibe lediglich durch eine Schraubenmutter befestigte. Der

in nächsten Wirtshaus quartieren Sie sich ein und bleiben dort vier Wochen. In der ganzen Zeit dürfen Sie keinen Tropfen Wein oder Bier trinken, hören Sie? Nichts als Wasser oder vielleicht einmal zur Abwendung etwas verdünnte Milch. Fische können Sie essen, auch Fleisch, aber kein Brot — auch keine Kartoffeln und Gemüse und jeden Mittag ein weich gekochtes Ei — aber nur eins und jeden Mittag Wasseruppe."

"O du großer Gott," stöhnte der Geheime Regierungsrat, "das wird gut werden."

Dabei fuhr der Doktor unerbittlich fort, "dürfen Sie den Trichinen keine Ruhe lassen — schlafen Sie nachmittags, so sind Sie rettungslos verloren, denn in der Zeit gerade erholt sie sich wieder, wenn sie sonst angegriffen werden. Morgens mit Sonnenaufgang — nicht später, steigen Sie langsam zu dem Wirtshaus hinauf, was Sie sich so ausuchen müssen, um etwa zwei bis drei Stunden Entfernung dahin zu haben. Oben angekommen, ruhen Sie sich zwei Stunden aus und fühlen sich ordentlich ab — Sie dürfen sich auch frische Wäsche mitnehmen."

"Ich danke Ihnen," sagte der Geheime Regierungsrat, "dem sich Herz und Leber bei der Verordnung umdrehten."

"Und dann —" fuhr der Doktor fort, "nehmen Sie dort oben ein Luftbad!"

"Ein was?" fragte der Kranke rasch und erschrak.

"Ein Luftbad," wiederholte ruhig der Doktor, "es ist das einzige, was Sie wieder herstellen kann."

"Aber, wie um alles in der Welt soll ich denn das machen?" rief der Unglückliche. "Luftbad? Was ist das eigentlich?"

"Die Sache ist unendlich einfach," erwiderte Doktor Bauer, "denn darauf beruht gerade eine unsererartige Entwicklung. Die Leiche ist nämlich ein Schimpf, das alles erträgt kann, bis zur ausgelöschenen Siebenzig, nichts häudert. Salzen, überkämmen, Röden, unter Wasser legen, kurz alles, was auch Sie nicht in direkte Verbindung mit frischer Luft kommen — wird Sie aber dieser ausgelegt, so ist sie rettungslos verloren und muß sterben."

"Aber ich begreife Sie noch immer nicht."

(Fortsetzung folgt.)

Das Lusthaus.

Eine schreckliche Geschichte.

1. Fortsetzung.

"Trichinen!" Jawohl, das war es auch; daß er nur selber noch nicht auf diesen furchtbaren, aber so nahe liegenden Gedanken gefallen sein sollte; fühlte er doch die gräßlichen Geschöpfe in all seinen Gliedern. Und daher also die ewige Peinigung, dieses Brüxeln in allen Teilen seines Körpers. Das war die unheimliche Tätigkeit seiner Myriaden von Geschöpfen, die sich durch seine Muskeln bohrten und darin Quartier nahmen? Und er, ein Geheimer Regierungsrat, legt hatte er geheime Trichinen — sogar wirklich geheime, denn er durfte es noch nicht einmal jemandem sagen, durfte sein Leid, seinen Jammer nicht in die Welt hinausschreien, wenn er nicht fürchten wollte, daß sie von allen Seiten blutgierig mit ihren Harpunen herbeiströmten und ihn um eine "Portion" baten.

Er verbrachte ein paar entzückende Stunden, und nicht einmal der Wein, den ihm der Doktor heute noch erlaubt, oder den er vielmehr nur geduldet hatte, wollte ihm schmecken — Fleisch konnte er gar nicht sehen, denn es erinnerte ihn nur noch mehr an sein Glück, und er ließ sich in aller Verzweiflung ein paar Pfund Karpfen absieden, um nicht auch noch bei lebendigem Leibe zu verhungern.

Nach Tisch schließen er gewöhnlich zwei Stunden, um sich später den ganzen Abend matt und unbehaglich zu fühlen. Der Arzt hatte ihm das auch schon lange verbitten, aber er behauptete immer, er dürfe seine gewohnte Lebensweise nicht unterbrechen, oder er ginge zugrunde. Heute fand er keine Ruhe; er lief die ganze Zeit im Zimmer auf und ab und blieb nur manchmal erschrocken stehen, wenn er die Bewegung der Tiere in seinem missgebundenen Körper zu fühlen

glaubte. Endlich — endlich kam der Doktor, nach welchem er in diesen selben schon zweimal, aber immer vergebens, geschickt. Er war sehr ernst, wirkte aus einem Buch, das er in der Hand hielt ein Mikroskop heraus, stellte es, legte ein Präparat hinein und bat den Geheimen Regierungsrat dann sierlich einmal hindurchzusehen.

Bitternd beobachtete ihn der Unglückliche, denn er wußte genau, was ihm bevorstand — was er da zu sehen bekam — seine Trichinen — die entzücklichen Bewohner seines eige-

Motor hatte 1480 Umdrehungen in der Minute, infolge der angebrachten Übertragung bekam die Schleifschelbe jedoch 3600 Umdrehungen in der Minute, wodurch die für Schleifmaschinen zulässige Geschwindigkeit auf das Fünf- bis Achtfache gesteigert wurde. Im Hinblick darauf, daß die unmittelbar auf die Scheibe angebrachte Schraubenmutter auch auf das Holz eindringen könnte, hätte Bauer damit rechnen müssen, daß ein Berspringen der Scheibe wohl möglich ist. Er hatte keinerlei Schutz getroffen. Nichtsdestoweniger gab Bauer seinem Gehilfen Jakob Schmid den Auftrag, an dieser Maschine Holz zu schleifen. Der betreffende Gehilfe hatte indessen noch keine Viertelstunde gearbeitet, als die Schleifschelbe schon aersprang. Die Trümmer der Scheibe wurden mit kolosaler Wucht weggeschleudert, ein Stück davon traf den Schmid am Kopf und zertrümmerte ihm den Schädel, so daß das Gehirn bloßgelegt wurde und der Tod des verletzten Arbeiters nach drei Stunden eintrat. Bauer wurde vom Landgericht München I wegen fahrlässiger Tötung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Sehr billig!

Literarisches.

Die Arbeiterbewegung.

Unter diesem Titel hat Genosse Eduard Bernstein soeben ein Buch bei Klett u. Coenning in Frankfurt am Main erscheinen lassen, das berufen ist, eine Lücke in der Literatur auszufüllen. Gibt es doch auf zweihundert Seiten zusammengebracht eben eine knappe umfassende Schilderung des wichtigen Faktors im heutigen gesellschaftlichen Leben, der Arbeiterbewegung in allen ihren Teilen.

Bei den Zeiten ausgehend, wo innerhalb der seßhaft gewordenen Völkerstaaten Herrschende und Beherrschte vorhanden sind und diese Scheidung Arbeit der letzteren für die ersten heißt, ziehen sich durch die Geschichte der Menschheit Reibungen und Kämpfe zwischen diesen beiden Schichten. Die Sklavenaufstände des Altertums, die Ausbeutung der tributpflichtigen Bauern und Halbbürger, die Bewegungen der Handwerksgesellen des Mittelalters werden uns in der Schrift Bernsteins kurz vor Augen geführt. Dann geht er auf die ersten Formen der Arbeiterbewegung ein, die er in der utopistischen Sektererei, der die gewerblichen Kämpfe zwischen Handwerksgeselle und Manufakturarbeiter in der Übergangszeit von der Kunst zur kapitalistischen Wirtschaftsweise, die Auslehnung von Meister und Gesellen gegen die Neuerungen im Arbeitsprozeß vorausging. Die sozialistischen und kommunistischen Utopien, denen zum Teil ein starker Zug zur Frömmigkeit anhing, vermochten nur kleine Gruppen von Anhängern zu begeistern, sodass es sich lediglich um Sektenwesen handelte. Noch alle Utopisten, sowohl die englischen als auch die französischen, die aus dem Bürgertum oder Adel hervorgingen, waren, abgesehen von Saint Simon, erklärte Gegner der übernatürlichen Religion. Erst die Ideologen, die aus der Arbeiterklasse selbst hervorgingen, verfrümmelten und entkräfteten den Kreis ihrer Anhänger zu kirchlichen Sektenten. Die Zirkel des Engländer Robert Owens waren dagegen die ersten Pflanzschulen des Freidenkertums.

Mit der utopistischen entwickelte sich auch die revolutionäre Sektererei, die heute noch in den anarchistischen Klubs fortspukt. Auf die ersten revolutionären Sektenten stoßen wir in der großen französischen Revolution. Die von Bauer angezettelte Verschwörung der Gleichen wollte die kommunistische Gleichheit in der Gesellschaft aufrichten. Besonders sah man in dieser Verschwörung eine proletarische Bewegung. Endes war keiner ihrer Führer aus der Arbeiterschaft hervorgegangen. Im übrigen stützen sich viele Revolutionäre in der Hauptstadt auf Soldaten. Auch unter dem Kaiserreich gab es noch Verschwörungen in Frankreich, doch bei keiner war die Masse beteiligt. Aus dem

Grunde tritt an die Stelle der systematischen Vorbereitung von Aufständen das Attentat. Auch dem bedeutenden Revolutionär August Blanqui gelang es nicht, größere Massen um sich zu sammeln. Auf eine Massenbewegung stachen wie erst wieder in England bei der Chartistenbewegung.

In Deutschland hat die Revolutionssektererei nur eine kleine Rolle gespielt. Der "Bund der Gerechten" bestand zum größten Teile aus deutschen Handwerksgesellen in Frankreich, Belgien und der Schweiz. In der Person des begabten Magdeburger Schneidergesellen Wilh. Weißling fanden sie ihren geistigen Führer, der — als ein Erzeugnis französisch-deutscher Vermischung — in seinen Garantien der Harmonie und Freiheit ein sozialistisches Lehrgebäude ausarbeitete, zu dem er die Theorien des französischen Sozialismus benutzte. Doch der Lehre Weltlings war nur ein kurzes Leben beschieden. Wenige Jahre später räumten Marx und Engels mit dem ganzen utopistischen Sozialismus auf, dem durch die Revolution von 1848 noch völlig der Rest gegeben wurde. Von nun an stand die Arbeiterbewegung vornehmlich durch die Agitation Lassalles usw. klares Fahrwasser.

Die Genossenschaften und Gewerkschaften schildert uns Bernstein im nächsten Kapitel in ihrer Entstehung und Entwicklung und wendet sich dann zu der fortgeschrittenen Koalition und zur politischen Partei.

Dann geht er zur Verwaltungsarbeiten innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung über und zeigt, bis zu welcher Tückigkeit einfache Arbeiter im Verwaltungsfach der Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen, Betriebsbetrieben usw. emporsteigen, daß aber auch die Hervorragendsten vom Geiste der Arbeiterbewegung beherrscht wurden.

Im nächsten Kapitel werden die Rechtsbegriffe und die Ethik der Arbeiterbewegung erörtert. Die Gleichheitsidee, die Gemeinschaftsideal, die Idee der Gemeinschaft und die Idee der Selbstbestimmung werden eingehend gewürdigt. Dabei räumt Bernstein auch mit der bürgerlichen Auffassung auf, daß die Gewerkschaftsführer zum Streik bekehrt und weist nach, daß solche Führer nur in der Einbildung beschränkter Spießergelände existieren. Das folgende Kapitel behandelt Recht und Ethik im Klassenkampf. Zunächst geht der Verfasser auf die Rolle und die Rechte der Führer und Beamtenten ein und schildert dann das demokratische Verfahren der Urabstimmung bei Delegationen usw. Gleichzeitig behauptet er aber, daß durch die Einrichtung der Urabstimmung der Gedanke einer führerlosen Demokratie zu schaffen, noch nicht verwirklicht worden ist und auch niemals verwirklicht werden wird. Im nächsten Abschnitt wird das Recht der Mehrheit und die Würde der Unterwerfung erörtert, welche Zeilen den badischen Budgetbewilligungen zum eingehenden Studium empfohlen werden könnten. Zugleich Bernstein behauptet, daß sich die Unterwerfung unter die Beschlüsse des Gesamtparlamentes nur auf ganz bestimmte Fälle beschränken könne, weil die Verfassung der Partei trotz ihres zentralistischen Geistes eine Mischung zentralistischer und föderalistischer Einrichtungen darstelle, wird der Leser zugeben müssen, daß der badische Fall auf die Unterwerfung unter den Willen der Gesamtpartei antreffen muß. Im gleichen Abschnitt sagt Bernstein, daß den Gewerkschaftsvorständen eine höhere Machtbefugnis als dem Parteivorstand eingeräumt werden muß, weil die Zentralkasse für die Unterstützung aufzukommen hat und die Gewerkschaft in mehr überweniger ausgeprägtem Grade eine Versicherungsanstalt zu nennen ist. Dann wird im letzten Abschnitt die Rolle des kämpfenden Arbeiters für die Allgemeinheit untersucht. Es ist eine Tatsache, daß er als Produzent auch der Gehalter der Gesellschaft genannt werden muß. Aber erst die Arbeiterbewegung, also der kämpfende Arbeiter selbst, habe sich politische Rechte im Staate und sozialpolitische Ansprüche an den Staat er-

kämpft und strebe darnach, sie zu erweitern. Ein solches Wirken sei aber auf die Dauer unmöglich, ohne ein positives Verhältnis zum Staate herzustellen⁽²⁾. Darauf geht Bernstein auf die Wirkung ein, die durch das Klassenbewußtsein auf die Selbstachtung der Arbeiterschaft hervorgebracht worden ist und auch ein Persönlichkeitbewußtsein hervorgerufen hat, wodurch auch in bezug auf die geschlechtliche Moral Achtung vor der eigenen und fremden Persönlichkeit erzielt worden ist. Im letzten Kapitel endlich untersucht der Autor die Wirkung der Arbeiterbewegung auf die Lebensauffassung. Selbst der entzückte Sozialistenfreier müßte zugeben, daß sie das Proletariat in geradezu erstaunlichem Maße emporgehoben hat, daß die Quantität auch hier in die Qualität umgeschlagen ist, und die Arbeiterklasse einen Verfeinerungs- und Vereidelungsprozeß in ethischer Hinsicht durchmacht. Auch ohne spezifische Agitation gegen den Alkoholgenuss fördert die Arbeiterbewegung die Mäßigkeit, ändert sie die Geschmackssättigung, den Lebenston und die ganze Lage der Arbeiterklasse in aufsteigender Bewegung. Kurz, das Buch birgt eine Fülle anregender und belebender Stoffes. Es ist überreich an Inhalt in gedrangtester Form und es kann zur Lektüre nicht oft genug empfohlen werden.

W. B.

Ein Extrablatt des Wahren Jacob, das den Titel trägt „Der Feldzug in Moabit“, wird in diesen Tagen außer Abonnement zum Preis von 10 Pfennig erscheinen. Das Extrablatt wird sich in Text und Bild in humoristisch-satirischer Darstellung mit den Polizeischlachten befassen, die von den Truppen des Herrn von Jagow der Berliner Bevölkerung in den Straßen von Moabit gelebt worden sind. Angesichts der allgemeinen Erregung der öffentlichen Meinung über die Heldentaten der Polizei wird das Extrablatt auf das Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung rechnen können. Bestellungen können umgehend an alle Buchhandlungen und Kolporteurs sowie an den Verlag in Stuttgart gerichtet werden.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 1. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor:

Eine akademische Jubiläumsfeier. — Splitter zur Biographie von Karl Marx. Von Franz Mehrtens. — Reformieren wir die Arbeiterpartei? Von J. Röttgen (London). — Die Teuerung. Von M. Nachimson. — Der Tarifvertrag in der gewerblichen Rechtsprechung. Von Friedrich Kleis (Halle a. S.). — Erklärung. Von Karl Rabel. — Literarische Rundschau: Paul Kampffmeyer, Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland. Von Heinrich Gunow. Henryk Sienkiewicz, Prusse et Pologne. Von Hermann Wendel. — Zeitschriftenrundschau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen. jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Brobenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Berantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Mener u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Insolate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des mertätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Kaiser's TEE

neueste Ernte • direkter Import
feine China- und Ceylon-Mischungen

W. 1.60 bis W. 5.00 das Pfund

offen und in Paketen.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

G. m. b. H.

Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.

Fabriken in Viersen, Düren, Spandau,

Breslau, Heilbronn, Basel.

Filiale in Lübeck: Holstenstrasse 9.



Wie die Palme

das auf der Erde wandelnde Tier.

reich übertragt, so übertragen die Pflanzenfette PALMIN und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) die tierischen Fette durch ihre Reinheit und Güte. Das beweist am besten der Umstand, daß Palmin und Palmona tierische Fette in der feinen und bürgerlichen Küche immer mehr verdrängen.

Palmin zum Kochen, Braten und Backen.

Palmona als Brotaufstrich.

**Fahrrad- und
Nähmasch.-Rep.-Werkst.**

Alle Fabrikate werden saugemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Ganz bill. Bernic. bill. u. gut.

Carl Heynen, Lübeck.

Tele. Allee 6a. Telefon. 352.

Holsten-Automat

G. m. b. H. Holstenstr. 14. Warme und kalte Speisen. Feinste belegte Brötchen 10 Pf. Hellere und dunkles Bier 10 Pf.

Fremden und häusigem Publikum bestens empfohlen.

Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.